

KIRCHE *findet* STADT

Innovations- und Experimentierfelder für eine partnerschaftliche Entwicklung lebenswerter Quartiere



Zusammenleben im Quartier – Entwicklungspartnerschaften für lebenswerte Quartiere

Leitfaden



Inhalt

- 5 Geleitwort
Peter Neher und Ulrich Lilie
- 7 Nationale Stadtentwicklungspolitik
Zwei Fragen an Oliver Weigel
- 10 Einführung
Karin Vorhoff und Doris Beneke
- 15 Pioniere im Experimentierfeld
Petra Potz
- 19 Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung
- 30 Generationenübergreifendes Zusammenleben
- 42 Orte und Zentren der Begegnung und Integration
- 55 Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion
- 68 Entwicklungspartnerschaften im Quartier
- 90 Zusammenleben im Quartier: Handlungsempfehlungen
- 96 Pionierstandorte
- 97 Bildnachweise
- 98 Impressum

Geleitwort

Peter Neher und Ulrich Lilie



Prälat Dr. Peter Neher
ist Präsident des
Deutschen
Caritasverbands.



Ulrich Lilie
ist Präsident der
Diakonie Deutschland.

Seit 2011 besteht die Projektpartnerschaft *Kirche findet Stadt* zwischen dem Deutschen Caritasverband und der Diakonie Deutschland. Was als zeitlich befristetes Experiment einer ökumenischen Plattform begann, wurde zu einem Erfolgsmodell der kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Verbänden. Gemeinsam wurde „der Stadt Bestes“ (Jeremia 29, 7) gesucht, um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse für Menschen vor Ort zu erreichen. Wenn dies gelingen soll, ist es notwendig, die Menschen mit ihren Nöten und Ideen, aber auch in ihren Netzwerken und Nachbarschaften als Teil integrierter sozialer Stadtentwicklung einzubeziehen. Von Anfang an wurde daher die enge Zusammenarbeit zwischen den verbandlichen Akteuren von Diakonie und Caritas mit den Kirchengemeinden vor Ort gepflegt.

Die beteiligten Verbände haben Pionierarbeit geleistet, indem sie sich erstmalig in eine enge Kooperation mit der Stadtentwicklung begeben haben. Über zwei Projektphasen hinweg ermöglichten die Mittel der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einen vielfältigen und sektorübergreifenden Diskurs und beförderten dabei eine Weiterentwicklung unserer verbandlichen Arbeit. Dass die Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erfolgte, das nicht zu den einschlägigen Partnerressorts der Freien Wohlfahrtspflege gehört, hat alle Beteiligten um neue Perspektiven bereichert und Horizonte eröffnet. Das ökumenische Projekt *Kirche findet Stadt* verbindet in hervorragender Art und Weise die jeweiligen

innerverbandlichen Prozesse zur Sozialraumorientierung und Gemeinwesenarbeit von Diakonie und Caritas. Dies trägt zu einer dauerhaften Verankerung relevanter Projektergebnisse in die Strategieprozesse der Verbände und ihre fachliche Arbeit bei.

Der nun vorliegende Leitfaden bildet den Abschluss der aktuellen Projektförderung. In ihm stellen wir Beispiele für gelingendes gemeinsames Handeln von Verbänden, Kirchen und Kommune vor, benennen aber auch die Stolpersteine, die Prozesse behindern können. Vor Ort wurde an den sogenannten Pionierstandorten mit Mut, Beharrungsvermögen, Überzeugungskraft und klaren Visionen Zukunftsweisendes geleistet. Voraussetzung für solche Erfolge sind engagierte und dialogfähige Akteure, die sich mit Zeit und Energie auf den Weg begeben und die sich auch von Hindernissen und Misserfolgen nicht von ihrem Ziel abbringen lassen.

Wir sind sicher, dass das Modell von *Kirche findet Stadt* auch zukünftig eine hohe Strahlkraft in die Arbeit der Kirchen und ihrer Verbände entwickeln und somit immer wieder neue Anknüpfungspunkte für Strategien der gemeinsamen Stadtentwicklung bieten wird.

Wir wünschen uns sehr, dass dieses für unsere Gesellschaft wichtige Projekt auch weiterhin politische Unterstützung findet und dass die bewährte Partnerschaft erfolgreich fortgesetzt werden kann.

Nationale Stadtentwicklungspolitik

Zwei Fragen an Oliver Weigel



Dr. Oliver Weigel ist Referatsleiter Stadtentwicklungspolitik im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Zehn Jahre Nationale Stadtentwicklungspolitik und Verabschiedung der Leipzig Charta sind auch Anlass für eine Bilanz. Was hat sich in diesem Jahrzehnt im Hinblick auf die integrierte Stadtentwicklung bewährt? Und welche Akzente wird die Nationale Stadtentwicklungspolitik zukünftig setzen?

Sowohl die Bilanz als auch die Frage der Weiterentwicklung von Leipzig Charta und Nationaler Stadtentwicklungspolitik standen im ersten Halbjahr 2017 im Mittelpunkt der Arbeiten der Gremien der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Dabei wurden, wie in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik üblich, alle Stakeholder der Stadtentwicklungspolitik in die Diskussion einbezogen. Ergebnis war ein Konzept, das konkrete Vorschläge zur gezielten Weiterentwicklung von Strukturen und Instrumenten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik unterbreitet.

Angesichts der wachsenden Herausforderungen an Teilhabe und Integration als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt sowie der Fragen eines ressourcenschonenden Umwelt- und Klimaschutzes, der Globalisierung und des technologischen Wandels, u.a. mit der zunehmenden Digitalisierung wird eine ressortübergreifende Governance in der lokalen Politik und Verwaltung immer wichtiger. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik wird zu einem Innovator und Impulsgeber für die Transformation der Städte. Die Ausgestaltung der Schnittmengen und die Verstärkung der Wirkungen in starken Allianzen ist die zu lösende politische Aufgabe.

Im selben Prozess wurden auch erste Überlegungen zur Weiterentwicklung der Leipzig Charta zu einer Leipzig Charta 2.0 angestellt, die im Laufe des Jahres 2018 mit den nationalen und internationalen Stakeholdern diskutiert und zu einem Papier für die internationale Abstimmung 2019 verdichtet werden.

Frau Bundesbauministerin Barbara Hendricks hat den weiteren Weg beschrieben, der Deutsche Bundestag hat bereits im Mai 2017 in einem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen seine unterstützende Position unterstrichen und eigene Akzente bei der Neuentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gesetzt. Auf der Kuratoriumssitzung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Frühjahr 2018 werden die Vorschläge zur Diskussion gestellt und im Falle der Zustimmung sofort umgesetzt.

Kirche findet Stadt hat Akteure in neuen Konstellationen zusammengebracht, die sich für den Zusammenhalt im Quartier einsetzen und daran arbeiten. Wo sehen Sie die Potenziale der kirchlich-verbandlichen Akteure für eine partnerschaftliche Stadtentwicklung? Was bedeutet das Pilotprojekt im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Kirche findet Stadt war ein im mehrfachen Sinne idealtypisches Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik verfolgt seit Beginn das Ziel, Fragen städtischer Entwicklung aus den engeren Kreisen der städtischen Politik und Verwaltung einerseits und der wissenschaftlichen Befassung andererseits herauszulösen. Ziel war es, die Bewohner/innen in den Quartieren als „Anwälte ihrer eigenen Anliegen“ aktiv in die Politikgestaltung einzu-



Bundesbauministerin Barbara Hendricks bei der *Kirche findet Stadt*-Zwischenbilanz im November 2016

binden. Voraussetzung hierfür ist es Partner/innen in den Quartieren zu finden, die dort ohnehin aktiv sind und die so mit einem hohen Maß an Engagement die Geschichte ihrer Stadt gestalten. Die Definition von Instrumenten und Maßnahmen, die konkret auf Problemlagen in Quartieren, teilweise auch mit kleinen und experimentellen Schritten reagieren, ist ein Charakteristikum einer modernen Stadtentwicklung. Das Projekt *Kirche findet Stadt* hat hier eine der „reichsten“ Akteurslandschaften zu Themen der Stadtentwicklung sensibilisiert und die Verbindung mit anderen Stakeholdern der Stadtentwicklungspolitik auf unterschiedlichsten Ebenen und in einer neuen Form möglich gemacht. *Kirche findet Stadt* ist eines der sehr wichtigen und wertvollen Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Einführung

Karin Vorhoff und Doris Beneke



Karin Vorhoff ist Leiterin des Referats Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen im Deutschen Caritasverband.

In der Arbeit der beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie ist ein grundlegender Perspektiv- und Haltungswechsel zu sozialraum- und gemeinwesenorientierten Konzepten zu verzeichnen. Sie richten ihre Strategie seit einigen Jahren zunehmend an sozialraumorientierten Konzepten aus und öffnen ihre fachliche Arbeit ins Quartier. Die beiden Kirchen und ihre Verbände verstehen sich dabei als Teil des Gemeinwesens und entwickeln ihre Arbeit in neuen verbands- und handlungsfeldübergreifenden Netzwerken und Strukturen weiter. Diese verbandlichen Debatten und Praktiken einer grundlegenden Organisationsentwicklung verlaufen parallel zu den mit der Leipzig Charta postulierten sektorübergreifenden Ansprüchen einer integrierten Stadtentwicklungspolitik.

Hauptpartner im Projekt *Kirche findet Stadt* sind die beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg und Diakonie Deutschland e.V., Berlin. Die Einbindung der beiden Kirchen über das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und das Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland erfolgt in der Steuerungsgruppe sowie in den projektbezogenen unterschiedlichen Formaten und Veranstaltungen.

Kirche findet Stadt ist also in zweifacher Hinsicht ein besonderes Projekt: Es verbindet zwei Verbände zu einer tragfähigen ökumenischen Plattform und kooperiert dabei mit Akteuren aus der Stadtentwicklung – eine in der gesamten Wohlfahrtspflege so nicht übliche Arbeitsweise.



Doris Beneke ist Leiterin des Zentrums Familie, Bildung und Engagement in der Diakonie Deutschland.

Das Projekt trug dazu bei, die ökumenische Kooperation zu zentralen sozialen Fragen zu festigen und die strategischen Prozesse in den Verbänden abzustimmen. Es gelang, Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen zu sammeln und auch zu verstetigen. Die gliedkirchlichen diakonischen Werke und die Diözesan-caritasverbände wurden aktiv eingebunden. Sie halfen mögliche Pionierstandorte zu identifizieren, gaben Impulse zum Erfahrungsaustausch in den verschiedenen Formaten und multiplizierten die Erkenntnisse daraus. Es ist weiterhin ein zentrales Element, die relevanten Fragestellungen zu verankern und in der Fläche Antworten auf die Herausforderungen für ein Zusammenleben im Quartier zu entwickeln.

Dreh- und Angelpunkte für das gemeinsame Handeln wurden identifiziert. Die Erkenntnisse aus den Pionierstandorten, den Transferwerkstätten und den Strategiegesprächen „SGB meets BauGB“ bieten zahlreiche Anknüpfungspunkte für die Stärkung sozialräumlichen Handelns in Kirche und Verbänden. Deutlich wurde, dass es weiterhin gilt, eine verlässliche und präventive Quartiersarbeit ressortübergreifend zu entwickeln und nachhaltig zu gestalten.

Eine große Rolle spielt dabei auch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, sie können und sollen solche Prozesse aber nicht allein bewerkstelligen. Es braucht Ressourcen, Kompetenzen, teilhabefördernde Angebote, Moderation und engagementförderliche Infrastrukturen – insbesondere um auch das bürgerschaftliche Engagement im Umfeld der Kirchengemeinden entsprechend in die Dorf- und Stadtteile zu weiten. Mit Hilfe der Pionierstandorte und ihrer gelebten Praxis konnten konkrete Erfolge und Hindernisse formuliert und in die Öffentlichkeit gebracht werden – als

Anregung und Beispiel für andere, die sich auf den Weg machen wollen, sowie für die Bereicherung der innerkirchlichen Debatte.

Mit den Bundesverbänden der kirchlichen Wohnungs- und Immobilienunternehmen, KSD Katholischer Siedlungsdienst e.V. und EID Evangelischer Immobilienverband Deutschland e.V., konnten die Positionen der kirchlichen Wohnungswirtschaft als weiterer wichtiger Akteur für gemeinwohlorientiertes Arbeiten im Quartier und integrierte Stadtentwicklung einbezogen werden.

Kirche findet Stadt hat sich als ökumenische Plattform für eine kooperative Quartiersentwicklung mit kirchlich-verbandlichen Akteuren bewährt. *Kirche findet Stadt* versteht sich dabei als kommunikativ-organisatorische Schnittstelle und unterstützt punktuell die Verständigung zwischen den verschiedenen Umsetzungsebenen von Bund, Ländern und Kommunen. Mit neuen Denkmustern entwickeln sich „Erfahrungsräume“ vor Ort, die für die weitere Überzeugungsarbeit und Entwicklung der erforderlichen Innovationen im institutionellen Rahmen notwendig sind. Die Anforderungen an eine als integrierte Querschnittsaufgabe verstandene soziale Daseinsvorsorge werden dabei neu ausgelotet.

In der Fläche betrachtet gilt noch immer die Feststellung von Bundesbauministerin Barbara Hendricks in der Zwischenbilanz im November 2016: „Die Kirchen besitzen ein großes Vor-Ort-Wissen über die Chancen und Probleme der einzelnen Stadtviertel. Und dennoch haben wir die Kirchen in der Vergangenheit zu wenig als Akteure der Stadtentwicklung angesehen – und sie selber haben sich auch nicht immer als solche empfunden.“



Pionierstandort Berlin Wedding

Diese Chance und gleichzeitig Herausforderung anzunehmen, sich weiter in Stadtentwicklungsprozesse aktiv einzubringen und tragfähige Konzepte vor Ort zu entwickeln ist an den Pionierstandorten gelungen. Der vorliegende Leitfaden stellt wesentliche Erkenntnisse vor und soll dazu anregen, motivieren und ermutigen, für den jeweiligen Kontext eigene Ideen zu entwickeln und sich vor Ort gemeinsam mit anderen auf den Weg zu machen.

Die ökumenische Plattform *Kirche findet Stadt* braucht es weiterhin, denn die Sensibilisierung für und Förderung von ressortübergreifender integrierter Arbeit ist noch keine Routine – dabei wird genau dieses umfassende Denken benötigt. Wir brauchen nicht nur Leuchtturmprojekte sondern eine Verbreitung in der Fläche, um anstehende Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklungen gut zu flankieren.

18 Pionierstandorte



Konfession:

- △ evangelisch/Diakonie
- katholisch/Caritas
- ökumenisch

Handlungsfeld:

- Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung
- Generationenübergreifendes Zusammenleben
- Zentren und Orte der Begegnung und Integration
- Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion

Pioniere im Experimentierfeld

Petra Potz



Dr. Petra Potz ist Inhaberin des Planungsbüros location³-Wissenstransfer in Berlin und koordiniert seit 2011 die *Kirche findet Stadt*-Transferstelle.

Quartiersentwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller, die sich für eine Verbesserung des Zusammenlebens vor Ort einsetzen. Partnerschaftliches Handeln für eine zukunftsfeste Stadtentwicklung ist oftmals Neuland für die Beteiligten. Neue Partnerschaften bedeuten Aufgabenteilung und auch neue Definitionen der jeweiligen Rollen. Wie kann die Zusammenarbeit im Quartier zwischen Akteuren aus „Kirche“ und „Stadtentwicklung“ aufgebaut und etabliert werden? Wo gibt es Schnittmengen? Welche Bereiche lassen sich gemeinsam besser angehen? Und wie definieren sich dann die Spielregeln einer partnerschaftlichen Entwicklung? Wer ergreift die Initiative? Wer hat die Federführung? Welche Formen von Beteiligung kommen zum Einsatz und sind adäquat?

Die Suche nach einer neuen Balance zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlichem Handeln konkretisiert sich in den Städten und Gemeinden. Kommunale Handlungsfelder und Herausforderungen werden immer vielschichtiger:

- die strukturelle kommunale Finanzkrise und der Steuerungsverlust der Kommunen,
- demografische Herausforderungen wie Alterung und das damit verbundene Aufrechterhalten von Versorgungsstrukturen, Migration und Flucht, Armutszuwanderung,
- der ökonomische, digitale und arbeitsmarktpolitische Strukturwandel,
- Individualisierung und sozialräumliche Ausgrenzung,

- Flächenkonkurrenzen bei einer unterschiedlichen Artikulationsfähigkeit von Einzelinteressen – vielfältige Lebensstile, aber auch Lebenslagen, Generationen, Herkünfte etc.

Die sozialen Herausforderungen, denen sich Kommunen stellen müssen, haben multiple Dimensionen: Sie sind daher themen-, sektor- und akteursübergreifend sowie sozialraumorientiert zu bearbeiten. Allzu oft jedoch werden Fragen des Wohnungsbaus, der Angebote für Kinder und Jugendliche, Bildung, Arbeitsförderung, Betreuung und Pflege von Menschen mit Unterstützungsbedarf, Integration und Inklusion in engen Ressortgrenzen bearbeitet. Sozialraumbezogen können Zusammenhalt, Gemeinwohl und Teilhabe als wesentliche Lebensbedingungen gegenüber den Logiken einer Marktorientierung stärker herausgestellt werden.

Sozialer Zusammenhalt wird durch Wohnumfeld, Familie, Nachbarschaft, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wirtschaft, Politik bestimmt. Dabei haben Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände Zugänge zu vielen Lebenswelten und können hierüber das Miteinander im Quartier stärken. Es geht um bezahlbaren Wohnraum, niedrigschwellige soziale Infrastruktur, Versorgungssicherheit im Quartier als förderliches Umfeld für stabile Nachbarschaften und somit eine lebendige Bürgergesellschaft, die allen Bevölkerungsgruppen Teilhabe ermöglicht.

Die Städtebauförderung benötigt Andockpunkte an andere Ressorts, um im Aushandlungsprozess von Interessen und Akteuren das Zusammenleben vor Ort zu stärken. Dies wird auch in der aktuellen Zwischenevaluierung der Sozialen Stadt deutlich hervorgehoben¹. Insbesondere sollten Kommunen im Umgang mit benachteiligten Stadtteilen mit ineinandergreifenden

1 BBSR/BMUB (2017): Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt. Bonn

Fachlichkeiten und Erfahrungen besser unterstützt werden.

Potenziale und Bedarfe für dieses übergreifende Arbeiten für soziale Teilhabe wurden im Rahmen von *Kirche findet Stadt* in vier ausgewählten Innovations- und Experimentierfeldern identifiziert:

- Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung
- Generationenübergreifendes Zusammenleben
- Zentren und Orte der Begegnung und Integration
- Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion

Diese Felder stehen beispielhaft für die Vielschichtigkeit einer am Gemeinwesen ausgerichteten Arbeit im Quartier. Besonders in den Blick genommen werden Bereiche, die mit einer sozialräumlichen Perspektive und der Öffnung adressatenorientierter, wohlfahrtsverbandlicher Aktivitäten einen Mehrwert für die Quartiersentwicklung bieten können.

18 kirchlich-verbandliche Pionierstandorte sozialer Quartiersentwicklung verdeutlichen exemplarisch die Breite und Vielfalt der Ansätze und Andockmöglichkeiten. Partnerschaftliches Handeln für eine zukunfts-feste gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung wird in der Praxis vor Ort erprobt. An den Standorten geht es darum, gute und motivierende Praxis für soziale Teilhabe zu etablieren, um Quartiere lebenswert und sozial zu entwickeln. Und es geht darum, Räume für Neues zu schaffen, indem kirchlich-verbandliche Liegenschaften sich öffnen bzw. Nutzungen und Kooperationsformen erweitern.

Neben den inhaltlichen Schwerpunkten sind organisatorische Aspekte wie neue Trägermodelle und tragfähige Partnerschaften und Finanzierung wichtige Elemente.



Pionierstandort Goslar: Die Wand der Benachteiligungen wird durchbrochen

Bewährte Arbeitsprinzipien, etablierte Professionalität und Strukturen sowie freiwilliges Engagement sollen für neue Zusammenhänge und Allianzen gewonnen werden. Die Pionierstandorte sind auch beispielgebend für eine neue Alltagspraxis von Religion und Spiritualität, die sich allen Bewohner/innen öffnet und auch die Rolle der Kirchengemeinde in der Bürgergemeinde stärken kann.

An den folgenden Standorten steht Pionierarbeit in Bezug auf das Wohnen im Quartier und die Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung im Mittelpunkt. Alle Menschen mit und ohne Unterstützungsbedarf sollen in einem Quartier oder Ortsteil gut miteinander leben können. Die jeweiligen Interessenlagen sind jedoch nicht deckungsgleich. In benachteiligten Stadtteilen gibt es meist quartiersspezifische, dauerhafte Bedarfe, um die Lebenslagen der Bewohner/innen abzusichern und zu verbessern. Die Bevölkerungsstruktur ist häufig geprägt durch überdurchschnittlich viele Menschen mit Migrationshintergrund, Kinder und Jugendliche und Transferleistungsbeziehende.

Die Gewährleistung eines soziokulturellen Existenzminimums, die Überwindung materieller Armut sowie die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum ist Aufgabe anderer Politikfelder und kann im Quartier nicht geleistet werden. (Mit-)Ursachen und Folgen von Armut und Ausgrenzung können jedoch mit quartierbezogener Arbeit im Wohn- und Lebensumfeld der Menschen angegangen, abgefedert und zu überwinden versucht werden. Die Nähe zu den Menschen und ihren Schwierigkeiten kann als eine entscheidende Stärke der Kirchen und ihrer (wohlfahrts-) verbandlichen Arbeit gesehen werden, sie müssen sich aber dieser besonderen Qualität ihrer Arbeit oft noch bewusst werden.

Eine soziale, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung stellt eine wichtige (Zukunfts-) Aufgabe der Kirchen und der kirchlichen Verbände dar. Dabei muss die Rolle als zivilgesellschaftlicher Akteur mit den jeweiligen Kompetenzen eingenommen werden. Für eine Mitwirkung z.B. an kommunalen integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten gilt es für Kirchengemeinden und die verbandlichen Fachdienste und Einrichtungen zu lernen, stärker strategisch, politisch und bereichsübergreifend zu arbeiten und sich hier mit ihrer spezifischen Ortskenntnis und ihren Kompetenzen aktiv einzubringen.



Pionierstandort Delmenhorst: Nachbarschaftszentrum Wollepark

Die Kooperation zwischen den Kirchen und ihren Verbänden sowie den Wohnungsunternehmen – insbesondere auch den kirchlichen – zeichnet sich angesichts der aktuellen Trends auf dem Wohnungsmarkt als ein wichtiges Innovationspotenzial ab, um gemeinsam mit der demografischen Entwicklung umzugehen, etwa mit neuen flexiblen generationenübergreifenden Wohnformen oder einer begleitenden Versorgung und Teilhabe von Bedarfsgruppen. Über die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kann ein Beitrag zur Sicherung einer sozialen Mischung in den Quartieren geleistet werden – beides flankiert von einer sozialen Quartiersarbeit.

Delmenhorst-
Wollepark.
„Ankunftsort“ für
alle im Quartier

Das Soziale Stadt-Gebiet Delmenhorst-Wollepark steht vor neuen Herausforderungen im Sozialgefüge. Mit der EU-Zuwanderung aus Südosteuropa und Flüchtlingskontingenten aus Syrien und dem Irak sind ca. 800 neue Bewohner/innen hinzugekommen, die unterschiedliche Alltags- und Lebenswelten mitbringen und von privaten Eigentümern unterhalb aller Standards untergebracht werden. Der Wollepark geriet im Frühjahr 2017 in die bundesweiten Schlagzeilen: Der Versorgungsvertrag der Stadtwerke für Wasser und Gas wurde in zwei Wohnblöcken gekündigt, da sich ein sechsstelliger Zahlungsausstand gebildet hatte. Hier waren Problemimmobilien entstanden, in denen private Vermieter Mieten bar einsammeln, Nebenkosten nicht begleichen, Wohnungen und ihr Umfeld (Strom, Wasser, Müll) verwahrlosen lassen und so zu einer Stigmatisierung des Quartiers beitragen. Diese Wohnungsbestände werden voraussichtlich in absehbarer Zeit für unbewohnbar erklärt und danach abgerissen. Letzte Glieder dieser Kette sind die neu zugewanderten Mieter/innen und die ökonomisch schwache Bevölkerung in einem Quartier ohne Ausweichmöglichkeiten.

Den aufgezeigten, sich verschärfenden Umbrüchen und der Verunsicherung im Quartier zu begegnen, ist ein Aufgabenfeld der örtlichen Diakonie. Das Nachbarschaftszentrum Wollepark ist der zentrale Begegnungsort im Quartier und vereint die Einrichtungen des Quartiersmanagements, der Gemeinwesenarbeit und das Familienzentrum „Wolle“ unter der Trägerschaft des Diakonischen Werkes Delmenhorst/Oldenburg-Land. Das Team des Nachbarschaftszentrums weist auf einen Zusammenhang hin, der oft in Vergessenheit gerät: Am „Ankunftsort“ finden die Neuankömmlinge Kontakte zu Menschen in ähnlichen Lebenssituationen und Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, wenn auch meist

unter prekären Bedingungen vor, womit der Wollepark eine wichtige Funktion für die Delmenhorster Gesamtgesellschaft erfüllt.

Integration ist soziale, berufliche und kulturelle Teilhabe und betrifft nicht nur die „Neuen“ sondern auch Bewohner/innen, die bereits dort leben. Die Summe aller Belange, Interessen, Unsicherheiten und Ängste ist als gemeinsame Herausforderung zu sehen.

Das Nachbarschaftszentrum Wollepark leistet mit regelmäßigen Austauschangeboten Unterstützung und Vermittlung für die Bewohnerschaft mit ihren komplexen Interessen und Lebenslagen. „Alle Arbeitsbereiche arbeiten mit den Menschen, die im Quartier leben – mit allen Menschen, die da sind.“ Dies geschieht z.B. mit individueller Beratung, auch muttersprachlich, dem Aufbau von Gemeinschaftsgärten und eines Sozialkaufhauses, aktivierenden Bewohnerbefragungen. Ziel ist es, das Nachbarschaftszentrum als Anlaufstelle bei Neu-Bewohner/innen bekannt zu machen und Bedarfe zu erfassen, diese weiterzugeben und darauf zu reagieren. Dies erfolgt zielgruppen- und themenübergreifend.

Neben der notwendigen baulich-investiven Sanierung des Bestands bietet ein solches Quartier für sozial benachteiligte Menschen eine wichtige Nische und ist nicht nur „sozialer Brennpunkt“. Das Ansehen geleisteter Tätigkeiten freiwillig Engagierter sollte weiter optimiert werden, mit der stabilisierenden Wirkung nachbarschaftlicher Hilfe. Hier ist ein mutiger Perspektivwechsel notwendig, mit klaren Analysen der Missstände, der Entwicklung maßvoller Standards und beherztem Handeln im Sinne der Bewohnerschaft.

Die Diakonie ist in Delmenhorst-Wollepark der beauftragte Träger, der diese sozial-integrative Arbeit leistet, während die Stadt sich vor allem um die Umsetzung der städtebaulich-investiven Maßnahmen kümmert.



Die Stellenausstattung mit ihrer jährlichen Befristung ist einer Kontinuität der Arbeit abträglich. Aufgrund des engmaschigen Austauschs mit der Bewohnerschaft ist Vertrauen zu den Mitarbeitenden und der Einrichtung entstanden, das bei den sehr weitgehenden Sanierungsmaßnahmen im Stadtteil Netzwerke für mehr Akzeptanz und Zusammenhalt im Quartier aufbaut. Eine weitergehende Abstimmung mit der Stadt und eine gemeinsame Entwicklung von stabilisierenden Strategien für den Stadtteil, die den Bedürfnissen der Bewohnerschaft gerecht werden, sind anstrebenswert.

Köln-Chorweiler. Kirche als Stimme gegen Missstände im Stadtteil

Köln-Chorweiler ist mit dem Büro für Soziales und Gemeinwesenarbeit der Katholischen Kirchengemeinde Johannes XXIII Pionierstandort. Hier wird eine Sozialarbeiterinnenstelle durch das Erzbistum Köln finanziert. Mit Hilfe des Programms Soziale Stadt Nordrhein-Westfalen werden seit Jahren Mittel sowohl in die bauliche als auch soziale Stabilisierung von Köln-Chorweiler investiert. Die größte Großwohnsiedlung in NRW wurde in den 1970er Jahren als soziales Wohnungsbaugelände in mehrgeschossigen Hochhausblöcken errichtet. Ein besonderes Merkmal ist die Segmentierung des priva-



tisierten Wohnungsbestandes. Lediglich die Hälfte der Wohnungen gehört zu Unternehmen, die in ihren Bestand nachhaltig investieren. Einen deutlichen Investitionsstau und unterlassene Instandhaltung und Modernisierung gab es hingegen beim Bestand einer Asset Management Gesellschaft mit etwa 600 Wohnungen sowie bei 1.200 Wohneinheiten, die von 2005 bis zum Eingreifen der Kommune unter Zwangsverwaltung standen.

Die Quartiersarbeit des GWA-Büros der katholischen Kirchengemeinde mit ihrer Präsenz im Quartier hat in den letzten drei Jahrzehnten die soziale Entwicklung im Stadtteil geprägt, begleitet und immer wieder auf die Defizite hingewiesen. Sie legt einen starken Fokus auf die Verbesserung der Wohnsituation und die Teil-sanierung bestimmter Hochhäuser. Mit verschiedenen aufsuchenden Aktivitäten und der langfristigen Präsenz im Quartier bietet das Büro eine verlässliche Anlaufstelle und setzt sich für die Interessen benachteiligter und überforderter Bevölkerungsgruppen ein. Seit 2009 gibt es über die Kirchengemeinde eine Mieterkontaktstelle bei Problemen (z.B. Mängel, Nebenkosten etc.) mit dem Vermieter, dem Jobcenter oder dem Sozialamt.

Der Kauf der 1.200 zwangsverwalteten Wohnungen durch die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GAG wurde im August 2016 auf Grundlage eines Ratsbeschlusses der Stadt Köln vom Juni 2015 vollzogen.

Die Stadt betraut die GAG für einen Zeitraum von zehn Jahren mit den flankierenden gemeinwohlbezogenen Maßnahmen, eine rechtlich innovative Finanzierungs-konstruktion für die sozial-integrativen Aktivitäten, die in dieser Form einmalig in Deutschland ist und Modell-charakter hat. Gemäß dem Betrauungsakt fällt darun-ter auch die „Miet- und Sozialbetreuung zur Steuerung der Belegung der Gebäude und zur Vernetzung der vor Ort tätigen sozialen Akteure zum Wohle der Bewohner und zur Herstellung eines lebenswerten Stadtquar-tiers, wie etwa Koordinierung und Förderung sozialer Einrichtungen und Projekte sowie nachbarschaftlicher Aktivitäten“.¹ Neben zahlreichen Investitionen in den Wohnungsbestand und die Infrastrukturen vor Ort sowie in Freiraum- und Platzgestaltung (Bundespro-gramm Nationale Projekte des Städtebaus) wird jetzt in Chorweiler nachholend ein Quartierbüro der GAG ein-gesetzt. Kommunale Sozialraumkoordination erfolgt in der Stadt Köln, darunter auch in Chorweiler, im Rahmen einer sozialraumorientierten Stadtteilentwicklung.

Die langfristige kirchlich eingesetzte Gemeinwesen-arbeit versteht sich als anwaltschaftliche Institution außerhalb öffentlicher oder wohnungswirtschaftlicher Akteure. Sie weist kontinuierlich auf Missstände hin, die für die Mieter/innen vor allem mit den eigentumsrecht-lichen Schwierigkeiten eines Teils der Wohnungsbestän-de zusammenhängen. Mit dieser sozialen Auffang- und Stabilisierungsfunktion geht sie auch zukünftig weit über Zeiträume und Modi eines projektfinanzierten Quartiersmanagements hinaus und kann – dies ist ihr besonderer Mehrwert – unabhängig agieren, mit der Möglichkeit einer offenen Orientierung an den Bedar-fen der Bewohner/innen.

¹ Ratsbeschluss der Stadt Köln vom 23.06.2015: Betrauung der GAG mit dem sog. „Chorweiler-Paket“.

Das Quartierbüro auf der Schönau, das der Caritasverband Mannheim betreibt, begleitet im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt die baulichen Sanierungsmaßnahmen im Stadtteil Schönau. Dort wurden neben Siedlungshäusern aus den 1930er Jahren in der Nachkriegszeit einfache Mietwohnungen gebaut, das heutige Sanierungsgebiet Schönau-Mitte. Hier findet eine umfassende Sanierung des Sozialwohnungsbestands der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GBG statt. Das Quartierbüro ist für die sozialarbeiterische Begleitung und Beratung bei Modernisierung und Umzugsmanagement zuständig. Mieter/innen, die ausziehen müssen, können nach der Sanierung wieder in die alte Wohnung zurückkehren, auch wenn diese teurer wird. Mieter/innen im Transferleistungsbezug sollen durch Sanierungsmaßnahmen nicht aus dem Stadtteil verdrängt werden. Die höheren Mieten werden in diesem Fall vom Jobcenter/Sozialamt übernommen. Zudem wurde ein Mietertreff eingerichtet, in dem sich unterschiedliche Bewohnergruppen zusammenfinden.

Auf Initiative des Quartierbüros wurde 2013 das Netzwerk Senioren Schönau gegründet. 14 Kooperationspartner arbeiten darin mit. Ziel ist, die Hilfs- und Freizeitangebote für Senior/innen im Stadtteil bekannter zu machen und herauszufinden, welche Angebote fehlen, und sich als Anbieter besser miteinander zu vernetzen. Unter anderem organisiert das Netzwerk Gesundheitstage im Stadtteil. Das Quartierbüro kümmert sich neben der Gemeinwesenarbeit auch um die Sozialberatung. Darüber hinaus ist der Caritasverband Mannheim Träger der lokalen JobBörse.

Der Caritasverband Mannheim ist in insgesamt vier Stadtteilen mit Quartierbüros federführend präsent. Daneben wurden mit den örtlichen Kirchengemeinden an sieben Standorten Caritas-Zentren konzipiert, die



wohnnah neben Hilfe und Beratung auch Begegnung im Stadtteil ermöglichen sollen. Hier besteht eine verlässliche und langfristige Kooperation von Verband und Kommune, die zwei starke und erfahrene Partner verknüpft und den Aufbau weiterer, auch gesamtstädtischer Netzwerkaktivitäten im Sinne der Quartiersstabilisierung mit Kontinuität leisten kann.

**Osnabrück-
Lüstringen.
Kirchliches
Engagement im
sorgenden Stadtteil**

Ausgangspunkt für den Pionierstandort Osnabrück-Lüstringen, sich aus der Kirchengemeinde heraus mit dem Thema Armut und Ausgrenzung im Stadtteil zu beschäftigen, waren zunächst Kinder aus benachteiligten Familien und deren Unterstützung und Förderung. Inzwischen engagieren sich mehr als 70 Freiwillige für Kinder, Familien und Senior/innen in Notlagen. „Jedes Kind braucht einen Engel“ und „Hilfen im Alter“ sind seit 2008 aus einem Kreis Engagierter gewachsen und nicht durch öffentliche Förderungen gesichert. Mit der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements geht es inzwischen um den Aufbau eines „sorgenden Stadtteils“.

Zunächst war nur eine Hausaufgabenbetreuung für Kinder ohne Unterstützung auf dem Bildungsweg durch freiwillig Engagierte geplant. Dieses Engagement hat den Blick der Ehrenamtlichen für die Lebenswirklichkeit benachteiligter Kinder in einem Stadtteil geschärft, der nicht zu den deklarierten Brennpunkten Osna-brücks gehört. So entstanden weitere Projektbausteine in einem Dialog zwischen den Freiwilligen, dem Dia-kon sowie Pastor und Kirchenvorstand. Mit „Hilfen im Alter“ werden explizit Antworten auf Fragestellungen eines älter werdenden Stadtteils gesucht. Hier arbei-ten evangelische und katholische Kirchengemeinde von vornherein ökumenisch zusammen. Eine Kooperationsvereinbarung wird erarbeitet, die den erforderlichen Rahmen bieten wird.

Wichtigste Erkenntnis ist die Tragfähigkeit des bürgerschaftlichen Engagements für die Zukunft des eigenen Stadtteils. Potenziale, wie sie aus einer Kirchen-gemeinde heraus erwachsen können, werden deutlich, aber angesichts des wachsenden Umfangs und des zeit-lichen Rahmens der Aktivitäten auch die Grenzen und die Notwendigkeit einer institutionellen Unterstützung und Arbeitsteilung. Neben den verwirklichten Bausteinen ist eine sozialräumliche Vernetzungsstruktur aller relevanten Akteure aufzubauen. Weil der Stadtteil kein Brennpunktstadtteil ist, aber doch seine Brennpunkte hat, ist es gelungen, seine Stärken für die Benachteiligten zu aktivieren. Dieser Umstand entfaltet inzwischen eine deutliche Wirkung über den Stadtteil hinaus.

Im Oktober 2017 wurde eine „Bunte Beratungsstelle“ eröffnet, derzeit ohne weitere Finanzierung, aber mit kreativen Lösungen. In einem Geschäftshaus der katho-lischen Gemeinde nutzt sie tagsüber Erdgeschossräume, die sie mit einer Fahrschule teilt, da diese das Ladenlo-kal wiederum nur abends nutzt. Hier wird Beratung vor



alles für Senior/innen gebündelt: Wohnraumberatung der Stadt; Sozialberatung mit dem Schwerpunkt Senior/innen der Caritas; Budget- und Schuldnerberatung der Diakonie; Pflegeberatung; Lenkung zu den richtigen Ansprechpartner/innen. Selbst organisierte Aktivitäten der Senior/innen sollen hier ebenfalls Raum bekommen.

Die große Herausforderung besteht darin, die vorhandenen Aktivitäten nachhaltig zu verstetigen und finanziell zu sichern. Somit ist vorrangiges Ziel, die Kooperationen verschiedenster Partner (Kirchengemeinden, Arbeitsbereiche der Stadt Osnabrück, Sozialverbände, Diakonie und Caritas, Akteure vor Ort) zu entwickeln und zu verstetigen. Hier zeigt sich, dass Bottom-up-Initiativen nach einer Aufbauphase an ihre Grenzen stoßen und auf Partner angewiesen sind. Sie haben aus ihrer niedrigschwelligen und präventiven Arbeit heraus kaum Zugänge zu institutionellen Ansprechpartner/innen auf kommunaler Seite. Die Kommune als noch deutlicher gestaltender (und finanzierender) Partner im Sozialraum wird jedoch benötigt, wenn es um den weitergehenden Aufbau eines „sorgenden Stadtteils“ geht.

Bei den folgenden Standorten steht Pionierarbeit in Bezug auf das generationenübergreifende Zusammenleben im Mittelpunkt. Soziale Infrastrukturen sind für eine verlässliche Daseinsvorsorge unerlässlich. Eine Klärung der Ziele und des Selbstverständnisses von Kirchen und Verbänden in Bezug auf Daseinsvorsorge und generationenübergreifender Stadtentwicklung ist in jedem Falle vonnöten. Dienste und Einrichtungen müssen ihre Einzelfallhilfe mit gruppenübergreifenden präventiven Angeboten ergänzen. Maßnahmen und Anlaufstellen, die häufig einzelne Zielgruppen im Blick haben, wie beispielsweise Senioren- und Generationenprojekte, Engagementlotsen, Freiwilligendienste, Familien- und Jugendzentren und Mehrgenerationenhäuser, Demenzbegleiter, kulturelle und sportliche Angebote, Wohnberatungsstellen oder generationenübergreifende Wohnprojekte leisten wichtige Dienste, können jedoch im räumlichen Zusammenhang stärker verzahnt sehr viel mehr Wirkung erzielen. Dies gilt nicht nur in den städtischen Quartieren, sondern angesichts der demografischen Entwicklung vor allem auch im ländlichen Raum. Zwei Pionierstandorte in diesem Feld kommen aus dem kirchlichen Kontext, zwei aus dem verbandlichen Bereich. Es geht um kleinstädtische und ländliche Strukturen mit ihren besonderen räumlichen Versorgungsanforderungen und den Auswirkungen demografischer Veränderungen.¹

Kirchen und ihre Verbände mit ihren Diensten und Einrichtungen besitzen spezifische Kompetenzen, Informationen, Zugänge und Möglichkeiten, die für generationenübergreifendes Wirken bedeutsam sind. Eine besondere Ressource liegt im freiwilligen Engagement vieler Menschen in ihren Kirchengemeinden oder anderen kirchlich-verbandlichen Strukturen. Zivilgesellschaftliches Engagement kann viele Fähigkeiten und Ressourcen erschließen sowie die Perspektive der Bewohnerschaft aktivieren, gerade auch mit einer sozialräum-

¹ Vgl. dazu: Nicole Rose, Stefanie Richter (2017): Entwicklung und Umsetzung quartiersbezogener Wohnprojekte für ein selbstbestimmtes Leben im Alter, Praxisleitfaden für Kleinstädte und Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Räumen. Bamberg. BBSR (Hg.) (2015): Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle für die Daseinsvorsorge. Ein Praxisleitfaden. Bonn.

lichen Dimension. Insofern „fußt Engagement auch auf einem aktiven Staat und auf Voraussetzungen, für die er Verantwortung trägt. Engagementförderliche Strukturbedingungen sind auch auf regionaler und lokaler Ebene in den Blick zu nehmen.“¹ Dieses benötigt jedoch zwingend eine Einbettung in berufliche Strukturen, die Begleitung, Weiterbildung und Koordination und Kommunikation mit den institutionellen Akteuren gewährleisten².

Weitere Akteure und Ko-Finanzierende sind nötig. Kein Akteur kann Zukunftsaufgaben der Daseinsvorsorge alleine bewältigen; nur im Zusammenspiel (einschl. Kultur, Vereinswesen, Wirtschaft, lokal verankerte Banken etc.) ist dies möglich. Vielerorts werden vermeintliche Defizite und ausgedünnte Strukturen konstatiert, für die man nur noch Minimalangebote aufrechterhalten kann. Eine gemeinsame Fragestellung und Zielrichtung sind für Kooperationen elementar. Kreativität und ein gewisses Maß an Eigensinn helfen, auch in schwierigen Situationen weiterführende Lösungen zu finden und zu Entscheidungen zu gelangen. Die Partner/innen brauchen dafür Entscheidungsspielräume. Dies erweist sich an allen Standorten beim Netzwerkaufbau als Schlüssel zum Erfolg, wird indes oft unterschätzt: Koordinator/innen mit bündelnder Funktion sind als Anlaufstelle unerlässlich. Diese kann nicht nebenher ausgefüllt werden, sondern ist eine zentrale Vollzeitaufgabe. Ihre verlässliche, von Projekten und politischen Konjunkturen unabhängige Grundfinanzierung ist daher eine wichtige politische Forderung.

-
- 1 BMFSFJ (2016): Zweiter Engagementbericht 2016. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung, 10-11
 - 2 Petra Potz, Rainer Hub (2017): Kirche findet Stadt – ohne bürgerschaftliches Engagement keine Quartiersentwicklung. In: BBE-Newsletter 17/2017 vom 24.08.2017.

**Burgdorf-Südstadt.
Kirchengemeinde
als Ermöglicherin
gemeinwesendiako-
nischer Kooperation**

Der Pionierstandort Burgdorf-Südstadt, die evangelisch-lutherische St. Paulus-Kirchengemeinde, ist seit mehr als 15 Jahren gemeinwesendiakonisch aktiv. In der Nachbarschaft präsent zu sein, die im Stadtteil lebenden Menschen und ihre Probleme wahrzunehmen und als Kirchengemeinde darauf zu reagieren – mit Begleitung, Beratung und Unterstützung – wird als Kernaufgabe der Verkündigung angesehen. „Wir kümmern uns als Kirchengemeinde im Auftrag Jesu um die Bedürfnisse des Stadtteils und verstehen uns nicht als Wärmestube mit angehängtem sonntäglichen Gottesdienst.“ (Pastor Matthias Paul) Mit dem Ausbau des Familienzentrums rücken junge Familien und das intergenerationelle Arbeiten verstärkt in den Blick. Der gemeinwesendiakonische Ansatz ist das Gemeindeleitbild. Unter dem Stichwort „Familienzentrum unter einem Dach“ wird die gesamte Gemeindearbeit justiert. Auch aus dem regulären Stellenplan – neben Spenden und Zuschussmitteln – werden dafür erhebliche Mittel aufgewendet.

In Burgdorf sieht sich die Kirchengemeinde als Ermöglicherin, die die Potenziale einer guten Nachbarschaft und Aktivierungsstrategien für eine Mitverantwortung vor Ort erkennt und strategisch verzahnt. Wichtige Erkenntnis ist, dass Haltung und Prozesshaftigkeit statt Projektarbeit größere Wirkung zeigen, ein Perspektivwechsel also notwendig ist. Fragen nach dem kirchlichen Kerngeschäft, den Kompetenzen und der Ausbildung, die Pfarrer mitbringen, stellen sich vor Ort. Es geht somit auch um den Einsatz von Ressourcen und Lust und Motivation des eigenen Handelns.

Die Parochie mit ihrer Idee des Einzugsbereichs kann im Quartierssinn über den Verantwortungsbereich der Gemeinde hinaus auch als Handlungsbereich und somit sozialer Raum interpretiert werden.



Aus der Burgdorfer Praxiserfahrung sollte es im Verhältnis von Kirche und Diakonie noch stärker von einer Koexistenz zur Kooperation kommen. Dabei gilt es die jeweiligen Qualitäten und Potenziale zu erkennen und wertzuschätzen. Beispielsweise kann eine Kirchengemeinde Räumlichkeiten in einen Prozess einbringen, ein Pfarrer sollte selbstbewusster das „Potenzial ausschöpfen, ‚der Experte‘ für bestimmte Themen zu sein“. Diakonie kann und sollte sich stärker zu politischen Themen im Sozialraum äußern und die Rolle als sozialpolitischer Akteur einnehmen.

Die gemeinwesendiakonische Kooperation ist ein Lernprozess, den es zu gestalten gilt. Sie braucht weitere Partner/innen, im (ökumenischen) kirchlichen, verbandlichen, kommunalen System. Dies hat immer zur Folge, dass man sich auf andere Organisations- und Arbeitsformen einlassen muss.

Dülmen. Kirche und Kommune im Tandem

In der Kleinstadt Dülmen im Münsterland wurden verschiedene Elemente erfolgreich zusammengebracht: ein kooperativ erarbeitetes und umgesetztes Nutzungskonzept mit einem besonderen Trägermodell und einer Gruppe von motivierten Mitstreitenden, die für die Zukunft ihrer Stadt gestaltend Verantwortung



übernehmen wollen. Ausgangspunkt waren Verwertungsüberlegungen eines kirchlichen Grundstücks der katholischen Gemeinde St. Viktor in unmittelbarer Nachbarschaft des Dülmener Rathauses, somit in zentraler Lage. In einer starken und neuartigen Kooperation zwischen Kirche und Kommune entsteht das Intergenerative Zentrum IGZ mit einem Innenstadtbereich, dem „IGZ-Quartier“ mit Ausstrahlungskraft für die Stadt und darüber hinaus. Das IGZ versteht sich als Fortentwicklung verschiedener Einrichtungen der Daseinsvorsorge (katholische Familienbildungsstätte, Kindergarten etc.) zu einer kooperativen Gemeinbedarfseinrichtung¹.

Im IGZ zwischen Rathaus und Kirche werden verschiedene kirchliche, kommunale und zivilgesellschaftliche Einrichtungen Platz finden, mit einer intergenerativen,

¹ Astrid Wiechers, Stadt Dülmen, Transferwerkstatt Aktive Zentren, Öffentliche Einrichtungen in Stadt- und Ortsteilzentren - Orte für Kultur, Freizeit, Bildung und Gesundheit, 19.-20.09.2017, Luckenwalde

inklusive und interkulturelle Ausrichtung und Verknüpfung. Die Beobachtung, dass auch im ländlichen Raum immer weniger Begegnung in Familien und über verschiedene Altersgruppen hinweg stattfindet und daher der Vereinsamung im Alter und einem wegbrechenden gesellschaftlichen Zusammenhalt entgegengewirkt werden muss, kommt hier mit dem Konzept der „Intergenerativen Arbeit“ zusammen, die den Dialog und die Beziehungen zwischen den Generationen unterstützt und fördert.

Die Kooperation sieht einen Lenkungsbeirat vor, der aus 12 paritätisch ernannten Mitgliedern (Kirche und Kommune) besteht und Entscheidungen gemeinsam fällt. Zu Beginn des Entstehungsprozesses wurde eine Konsensvereinbarung für die Entwicklungspartnerschaft abgeschlossen, in der u.a. ein respektvoller Umgang mit den jeweiligen Unterschiedlichkeiten formuliert wurde und die auch in schwierigen Phasen eine belastbare Grundlage der Arbeit darstellte. Träger des IGZ wird die Kirchengemeinde St. Viktor. Seit Frühjahr 2017 gibt es eine IGZ-Managerin, die den Aufbau des Zentrums begleitet und koordiniert. In einer Betriebsvereinbarung über Betrieb und Nutzung, Betriebs- und Bewirtschaftungskosten sowie IGZ-Geschäftsführung wurde eine anteilige Finanzierung dieser Personalstelle festgehalten, die zu einem Drittel von der Stadt und zu zwei Dritteln von der Kirchengemeinde getragen wird. Neben der umfangreichen Förderung für die bauliche Realisierung kann die Sicherung der Koordination als ein zentraler Erfolgsfaktor für die inhaltliche Umsetzung des Konzeptes bezeichnet werden.

Wichtige Rahmenbedingung für die Realisierung war die erfolgreiche Bewerbung beim NRW-Strukturförderprogramm Regionale 2016, die Antworten auf die Zukunftsfragen ländlich geprägter Räume, wie z.B. den demografischen Wandel suchte und damit Impulse

und Lerneffekte für die Region erzielte. In einem mehrstufigen Qualifizierungsverfahren ermöglichte dies privilegierte Zugänge zu Fördermitteln. Das förderfähige Volumen beträgt 13,58 Mio. €, mit 50% Förderung des Landes. 2,63 Mio. € werden von der Stadt Dülmen, 4,16 Mio. € von Kirche/Bistum Münster übernommen. Dazu kommen insgesamt 8,15 Mio. € nicht förderfähige Kosten, insgesamt also über 21,5 Mio. €. Die Fertigstellung des Zentrums ist für den Sommer 2019 geplant (www.igz-duelmen.de).

Das IGZ steht exemplarisch für ein soziales Infrastrukturangebot als wichtiges zielgruppenübergreifendes Impulsprojekt, das auch die Innenstadt aufwertet und belebt. Als ein Ort der Begegnung und Kommunikation fördert es den sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft. In Dülmen wird ein starkes Zeichen für Qualität und positive Zukunftsentwicklung gesetzt. Arbeitsteilung und Finanzierung des Quartierskonzepts erforderten lange und aufwändige Abstimmungsprozesse; hauptamtliche Arbeit auf kommunaler Seite traf auf überwiegend ehrenamtliche Strukturen in der Kirchengemeinde. Und dennoch hat sich für das IGZ eine starke Allianz zwischen Kommune und Kirche entwickelt, die ein großes Projekt ermöglichte.

Nidda-Wallernhausen. Den Lebensmittelpunkt erhalten

In Nidda-Wallernhausen und in Rhaunen gehören diakonische Träger zu den Protagonisten des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ländlichen Regionen. In Wallernhausen, einem kleinen Ortsteil von Nidda in der Wetterau, wurde ein generationenübergreifender Begegnungsort geschaffen, der für die Nahversorgung und als Treffpunkt fungiert. Diese Versorgungsstrukturen gäbe es in dieser Form ansonsten nicht mehr. Das Familienzentrum entwickelte sich aus dem Inklusions-



projekt „Dortreff Neue Mitte“ des Diakonischen Werks Wetterau, einem Dorfladen mit Bistro. Seit 2010 bietet der Dorttreff als Außenstelle des Psychosozialen Zentrums Nidda niederschwellige Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen Erkrankungen. Inklusion wird als selbstverständliche Gemeinschaft von Menschen mit und ohne Behinderung und aller Generationen verstanden. Man trifft sich in einem „natürlichen“ Rahmen, ohne dass die gemeindepsychiatrische Einrichtung des Diakonischen Werks im Vordergrund steht.

In der Vernetzung sind neben Diakonie und Kirchengemeinde alle wesentlichen aktiven Kräfte vor Ort und Bürger/innen vertreten, was zu einer breiten Akzeptanz der Strukturen beiträgt und den Ort mit einem überproportionalen Angebot nachhaltig belebt. Getragen wird das Familienzentrum von den Kooperationspartnern Diakonisches Werk, der Evangelischen Kirchengemeinde und der Kita Die Kleinen Strolche e.V., einer Mitgliedereinrichtung der Diakonie Hessen.

Auch die Qualität der Beteiligung und der Entscheidungsstrukturen in Selbstorganisation trägt zur selbstorganisierten Veränderung und einer mittelfristigen Perspektive bei. Zunächst wurden die Akteure innerhalb

der Steuerungsgruppe eingebunden. Der Beirat des Familienzentrums (Vertretungen aller Vereine, engagierte Bürger/innen, Kirche, Diakonie, andere Leistungsanbieter/innen u.a.) erarbeitete 2014 Ideen und Projekte, die seitdem Schritt für Schritt umgesetzt werden wie z.B. Mittagstisch, Bildungsangebote, Kooperationsprojekte (Kinderfasching u.ä.). Der Beirat tagt jährlich und erhebt die Bedarfe. Die Steuerungsgruppe trifft sich vierteljährlich und berät über die Umsetzung. Die Aktivitäten der Vereine vor Ort werden vernetzt. Zusätzlich werden Familien- und Seniorenbildungsthemen in Vorträgen, Workshops und Kursen, in Kooperation mit z.B. DRK, Ev. Familienbildungsstätte und anderen Bildungsträgern angeboten.

**Rhaunen.
Diakonischer
Träger in der
Daseinsvorsorge**

Die Verbandsgemeinde Rhaunen liegt im Hunsrück und besteht aus 16 Ortsgemeinden mit starkem Bevölkerungsrückgang. 2015 identifizierte sie mit einer Aktivierungsstrategie zur Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit unter Federführung des Verbandsbürgermeisters fünf Handlungsfelder: Mobilität, Demografie, Leerstand, Ehrenamt und Daseinsvorsorge. Konkrete Projekte und erste Ansätze zur Umsetzung wurden erarbeitet. Der Projektansatz der interkommunalen Zusammenarbeit innerhalb einer Verbandsgemeinde stellte ein Novum dar und wurde durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz als Initial und Beispiel gefördert, um die interkommunale Ausrichtung auch in die weitere Regionalentwicklung zu integrieren. Lokale Egoismen und Kirchturmdenken sollen damit zugunsten einer zukunftsfähigen Entwicklung weiter überwunden werden.

In Rhaunen werden neue Kooperations- und Finanzierungsmodelle mit einer integrierten Strategie für die

interkommunale Entwicklung im ländlichen Raum verknüpft. Gerade für Aspekte sozialer Daseinsvorsorge zeigen sich die kirchlichen Träger als verlässliche und meist akzeptierte Partner, die auch in strukturschwachen Regionen eine hohe Versorgungsqualität gewährleisten. Für sie gilt es neben der Zusammenarbeit mit den Kommunen sich zunehmend auch auf Kooperationen und Prozesse mit Wirtschafts- und weiteren Sozialpartnern, Bürger/innen und selbstorganisierten Initiativen einzulassen.

In enger Kooperation mit der Verbandsgemeinde Rhaunen widmet sich die Stiftung kreuznacher diakonie, ein großer in drei Bundesländern tätiger diakonisch-sozialer Träger, als wichtiger Sozialpartner der Schaffung von dezentralem, bedarfsgerechtem und barrierefreiem Wohnraum in den Ortsgemeinden, um der Destabilisierung der Bevölkerungsstruktur der Ortsgemeinden und dem Werteverlust der Immobilien entgegenzuwirken. Durch Umbau und Neubau wird ein alternatives, attraktives Wohnangebot für (ältere) Menschen auch aus Ballungsgebieten mit hohen Lebenshaltungskosten geschaffen.

In der Ortsmitte von Rhaunen gibt es bereits eine Sozialstation der kreuznacher diakonie in einem kernsanierten historischen Gebäude. Dort wurden 24 Wohnplätze für Menschen mit hohem Assistenzbedarf sowie weitere Einzelzimmer als Wohngruppe geschaffen. Ein Raum der Begegnung steht zur Verfügung, sowohl als Treffpunkt für und mit Menschen aus der Gemeinde Rhaunen als auch zur Gestaltung der Tagesstruktur der Hausbewohner/innen. Im Ortskern sind viele Geschäfte in direkter Nachbarschaft, Feste und andere Veranstaltungen finden auf dem nahegelegenen Dorfplatz statt. Somit bietet „Rhaunen Mitte“ ein Wohnangebot, um am Gemeindeleben teilhaben zu können.



Vor allem durch die Beteiligung verschiedener Akteure und Institutionen an den Werkstätten zur Aktivierungsstrategie sind bereits neue Initiativen entstanden, z.B. die Beteiligung am Modellprojekt „Gemeindegewest plus“ vom Landesministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie. Viele Prozesse, Initiativen und Projekte haben die positive Weiterentwicklung der Verbandsgemeinde unter besonderer Berücksichtigung des Sozialraums im Fokus. Da sich diese Prozesse parallel vollziehen, besteht Gefahr, dass Doppelstrukturen entstehen bzw. mögliche Synergien nicht genutzt werden. Als wichtiger Schritt wurde daher geplant, mit den relevanten Akteuren und Initiativen eine tragfähige Organisationsstruktur zur Steuerung des Sozialraummanagements zu schaffen. Dafür sollten mit einem „Masterplan“ der Status quo zusammengefasst, mög-

liche Synergien aufgezeigt und die gemeinsamen Ziele dokumentiert werden. Darüber hinaus sollte dieser Masterplan eng an ein Umsetzungskonzept geknüpft sein, das aufzeigt, welche Organisationsstruktur notwendig und leistungsfähig ist. Unter Berücksichtigung bereits bestehender Ansätze sollten benachbarte Verbandsgemeinden einbezogen werden.

Während die Aktivierungsstrategie gute Anzeichen für eine positive Umsetzung mit einem sich konsolidierenden Kooperationsnetzwerk lieferte, geriet im Jahr 2017 die Phase der Konkretisierung durch einen zwischenzeitlich eingesetzten Fusionierungsprozess der benachbarten Verbandsgemeinden Rhaunen und Herrstein ins Stocken. Einige Ortsgemeinden orientieren sich in Richtung einer dritten Verbandsgemeinde, so dass die meisten Aktivitäten der Kommune durch die Begleitung der Fusion absorbiert werden. Das zentrale Management für die begonnene Zusammenarbeit wurde noch nicht mit einer Person besetzt, einzelne Projektbausteine laufen an.

Deutlich wird an diesem Beispiel die in ländlichen Gemeinden direkt steuernde Funktion des Bürgermeisters, genauso deutlich zeigen sich hier aber auch die knappen Zeit- und Personalbudgets. Die Aktivierungsstrategien wurden zwar mit erheblichem Aufwand gemeinschaftlich entwickelt und führten zu einer produktiven Vernetzung, die Kooperationspartner sind jedoch vorerst nicht in die neuen strategischen Überlegungen eingebunden.

Orte und Zentren der Begegnung und Integration

In diesem Innovations- und Experimentierfeld wurden sechs Pionierstandorte ausgewählt, aufgrund der vielfältigen Aspekte, die hier veranschaulicht werden, und wegen der hohen Relevanz und Übertragbarkeit des Innovationsfelds für eine soziale Stadtentwicklung.

Ein Miteinander im Quartier braucht Raum für Begegnung und Partizipation. Viele gesellschaftliche Herausforderungen bilden sich auf lokaler Ebene ab. Antworten müssen (auch) im Quartier gefunden werden, etwa für die Integration von Geflüchteten, die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels, die Verhinderung von Ausgrenzung und Stigmatisierung. Notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung in diesen Feldern zu wirken ist es, Orte für Begegnung und das gemeinsame Handeln im Quartier zu schaffen. Diese müssen niedrigschwellig gestaltet, offen für und bemüht um alle sein. Kirchen und ihre Verbände können mit ihrer Vielfalt an Anspracheformen, an Beteiligungs- und Beratungsangeboten, aber auch mit ihren Dienstleistungen in dieser Hinsicht eine größere Rolle in der sozialen Stadtentwicklung spielen.

Für den Betrieb von Stadtteilzentren und Nachbarschaftshäusern in kooperativer Trägerschaft gibt es kein Patentrezept. Die geteilte Verantwortung ist in kommunalen wie in kirchlich-verbandlichen Strukturen Neuland und eine anspruchsvolle Aufgabe. Die Beteiligten müssen die Kriterien für die Träger- und Betreiberstruktur von Stadtteil-/Dorfzentren (rechtlich, organisatorisch, funktional) klären und im Laufe des Entwicklungsprozesses immer wieder überprüfen und anpassen. Verbindlichkeit und Verlässlichkeit unter den Partner/innen sind Voraussetzung für gleichberechtigtes Handeln und den Respekt vor Unterschiedlichkeiten aller Beteiligten.



**ZukunftsHaus
Wedding.
Begegnungsort
für einen ganzen
Stadtteil**

Mit dem ZukunftsHaus Wedding hat das evangelische Paul Gerhardt Stift zu Berlin in den letzten Jahren aus einem ehemaligen Krankenhaus der Diakonissen einen Ort für das Miteinander im Stadtteil geschaffen, der sich interkulturell öffnet und für alle Menschen, die in der Umgebung leben, offen ist. Die Nachbarschaft, das so genannte Parkviertel, ist ein sozialräumliches Gebiet mit multiplen Anforderungen, niedrigem sozialen Entwicklungsindex und wenig sozialer Infrastruktur im Nahbereich. Bereits vorhandene Aktivitäten und Projekte für Menschen jeden Alters und jeder Herkunft und Sprache im Stadtteil werden hier verbunden und mit weiteren Angeboten ergänzt.

Das ZukunftsHaus Wedding bietet im Zusammenspiel von beruflichen und freiwilligen Aktivitäten Leistungen für ein übergreifendes Miteinander an und zielt auf die interkulturelle und intergenerationelle Bildung, Beratung und Vernetzung im Stadtteil. Ziel ist es, ein generationenübergreifendes Netzwerk in der Nachbarschaft entstehen zu lassen, an das alle mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen anknüpfen können. Den Kern des ZukunftsHaus Wedding bildet die Arbeit im Stadtteil-

und Familienzentrum und im Refugium, ein für traumatisierte Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber/innen geschützter Wohnraum, in dem sie von ihren traumatischen Erlebnissen Abstand gewinnen können und Entlastung im Alltag erfahren. Dies ist auf vielfältige Weise mit anderen Angeboten des Evangelischen Johannesstifts auf dem Gelände, v.a. mit der Kita, verknüpft. Im Jahr 2014 erhielt es eine Anerkennung im Bundeswettbewerb Soziale Stadt, 2016 wurde es als „Ausgezeichneter Ort im Land der Ideen“ prämiert. Im Jahr 2017 gab es einen administrativen und personellen Wechsel in der Geschäftsführung. Die neu gegründete Paul Gerhardt Stift Soziales gGmbH, die jetzt mehrheitlich zum Evangelischen Johannesstift, einem der großen diakonischen Träger, gehört, ist für die Weiterentwicklung des ZukunftsHaus Wedding verantwortlich.

Das Stadtteilzentrum der Paul Gerhardt Stift Soziales gGmbH hat sich einen weiteren Ankerpunkt im Quartier sowie eine finanzierte Personalstelle geschaffen. Es ist verantwortlich für die Stadtteilkoordination Parkviertel, eine von zehn kommunalen Stadtteilkoordinationen im Bezirk Berlin-Mitte. Nach dem Prinzip der Sozialraumorientierung sorgt die Stadtteilkoordination im Auftrag des Bezirksamts als „organisatorischer Motor“ der Vernetzung für die Beteiligung der Anwohnerschaft und lokalen Einrichtungen (z.B. Volkshochschule, Musikschule, Wohnungsunternehmen, Polizei) an sozialräumlichen Prozessen und unterstützt sie bei der Umsetzung ihrer Interessen in der Stadtteilentwicklung. Das Stadtteilzentrum hatte sich an der bezirklichen Ausschreibung für die Stadtteilkoordination beteiligt. Mit dem Zuschlag bekam der evangelische Träger als neuer Akteur in der Quartiersentwicklung neben anderen etablierten Einrichtungen die Chance,

von der Kommune wahrgenommen zu werden und gute Quartiersarbeit realisieren zu können.

Im Parkviertel lebt ein hoher Anteil älterer Menschen. Dieser Zielgruppe widmet sich die Stadtteilkoordination Parkviertel daher in besonderem Maße. Seit 2015 vernetzen sie Einrichtungen und engagierte ältere Menschen im Runden Tisch Seniorenarbeit Parkviertel. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Regelmäßig führen sie Kiezgespräche im Afrikanischen Viertel durch. Darüber hinaus verwaltet eine Stadtteiljury Mittel einer Stadtteilkasse von 5.000 € im Jahr, die nachbarschaftliche Projekte mit jeweils bis zu 500 € unterstützt.

Bochum-Westend.
Kirche als
interreligiöses
Stadtteilzentrum

Mit dem Umbau der Friedenskirche zum interreligiösen Stadtteilzentrum Q1 – Haus für Kultur, Religion und Soziales, das 2015 eröffnet wurde, geht es nicht in erster Linie um Orientierung an den Mitgliederinteressen sondern um eine Unterstützung aller Menschen jenseits der Konfession in einem historisch gewachsenen, innenstadtnahen, altindustriellen Stadtteil mit komplexer Sozialstruktur (Stahlhausen: hohe Arbeitslosigkeit, hoher Migrationsanteil, Bildungsarmut). Damit wurde auch eine den Quartiersinteressen angemessene Präsenz von „Kirche für alle im Stadtteil“ verbunden.

In der Eigenwahrnehmung sollten Kirche und kirchliche Verbände eine größere Rolle in der sozialen Stadtentwicklung spielen. Kirche vor Ort wird oft als ein großer Tanker empfunden. Es dauert, bis sich etwas bewegt. Der Quartiersbezug kann als Chance dienen, die eigene soziale Rolle zu festigen – und gesellschaftlich relevant und konfliktfähig zu bleiben (oder zu werden?). Das Q1 ist ein „Suchraum“, in dem neue Allianzen in der Stadtentwicklung unter den spezifischen örtlichen



Rahmenbedingungen geschmiedet werden können und wie diese insgesamt dazu beitragen können, dass sich gerade auch schwierige Stadtteile stabilisieren lassen. Mit personeller Kontinuität entstehen im Q1 niedrigschwellige Begegnungen „zwischen Tür und Angel“.

Die Herausforderungen beim Aufbau dieser ungewöhnlichen Kooperationsstruktur bestanden nach innen wie nach außen und erfordern einen langen Atem und mittelfristig auch personelle und fachliche Unterstützung. Innerkirchlich ging es zunächst um die Überzeugungsarbeit beim zuständigen Landeskirchenamt, das Kirchengebäude und -grundstück anders und mit verkleinerter kirchlicher Nutzung zu strukturieren. Es galt, einen neuen Sakralraum zu schaffen und die Kirche nicht zu entwidmen, sich von einem Gemeindezentrum zu einem Stadtteilzentrum zu öffnen und die Tragfähigkeit des Ansatzes in einer neuen Partnerschaft mit dem örtlichen Bildungsträger IFAK e.V. zu prüfen.

Nach außen galt es sich Fachwissen anzueignen und gegenseitig, auch disziplinäre Vorbehalte zu überwinden. Auch das Zeitbudget für Verhandlungen mit der Kommune und dem Land sowie dem begleitenden Planungsbüro über den Zugang zu Städtebaufördermitteln

im Rahmen einer größeren stadtteilbezogenen Maßnahme (Stadtumbau West: Bochum-Westend) musste erst geschaffen werden. Die mit dem Umbau verbundene Bauherrenschaft (Entwurfsplanungen der Architekten) sowie die konkreten Baumaßnahmen verantwortlich zu übernehmen war eine Herausforderung.

Mit dem Trägerkonstrukt wurden eine Trägervereinbarung und verlässliche Kooperation als Voraussetzung für gleichberechtigtes Handeln und den Respekt vor Unterschieden wichtig. Auch das Management des Betriebs dieser sozialen Infrastruktureinrichtung mit Kursen und Bildungsangeboten, bei denen bestehende Kooperationen mit anderen sozialen und kulturellen Trägern und Einrichtungen im Sozialraum weiter intensiviert und ausgebaut werden, wird gemeinsam verantwortet.

Das Stadtteilzentrum Q1 ist ein wichtiger qualitativer Baustein für die Verstetigung des Stadtumbauprozesses und das Zusammenleben im Quartier. Neben der Gemeinbedarfseinrichtung, die direkt über das Stadtumbau-Programm entwickelt und gefördert wurde, wurden und werden weitere Gelder außerhalb der Städtebauförderung in die soziale Infrastruktur des Westends investiert (u.a. ein Kita-Neubau).

Mit dem Umbau der Friedenskirche wurde ein baukulturelles Zeichen städtebaulicher Qualität gesetzt, als ein Ort für Integration und Begegnung, der einladend und offen ist für alle, und der eine Ausstrahlungskraft in das Quartier im Sinne einer gelebten Integration haben soll. Ein neuer Sakralraum konnte geschaffen werden. Die Friedenskapelle ist offen für alle Menschen, die Evangelische Kirchengemeinde Bochum versteht sich als Gastgeberin. Außerdem finden Kunst- und Kulturschaffende, die eine wichtige künstlerische Beziehung zum Quartier haben, als Quelle ihrer Inspiration und als

Ort ihres Wirkens, ein Atelier vor, derzeit gibt es einen Artist in Residence. Im bundesweiten Wettbewerb „Kirchengebäude und ihre Zukunft“ der Wüstenrot Stiftung wurde das Q1 prämiert.

Mit seinen auf Interdisziplinarität ausgerichteten Qualitäten in den Bereichen Kultur, Religion und Soziales ist das Q1 beispielhaft für das Handlungsfeld „Orte und Zentren der Begegnung und Integration“ als ein Schlüssel- und Impulsprojekt für den sozialen Zusammenhalt.

Quartiersprojekt
Gelsenkirchen-
Scholven. Sozial-
raumorientierung
konkret

Das sozialraumorientierte Quartiersprojekt Scholven ist eine vom Caritasverband Gelsenkirchen initiierte und von der katholischen Gemeinde St. Josef und weiteren lokalen Akteuren unterstützte Anlaufstelle für die Bewohnerschaft des Stadtteils. Dort finden die Bewohner/innen Unterstützung dabei, die Lebensbedingungen im Stadtteil aktiv zu gestalten und Veränderungen anzugehen. Mit einer Laufzeit von über vier Jahren bis Ende 2018 und einer Förderung durch den Caritasverband für das Bistum Essen wird hier das Fachkonzept der Sozialraumorientierung angewandt. Die Projektmitarbeiterin stellt damit den erklärten Willen der Menschen in den Mittelpunkt.

Im Januar 2016 wurde der Stadteilladen Scholven eröffnet, der vom Quartiersprojekt betreut wird. Der Stadteilladen ist ein Kommunikations- und Ideenraum für alle Bewohner/innen im Stadtteil Scholven. Hier werden Fragen und Ideen rund um das Leben im Quartier diskutiert und es gibt Informationen zu Freizeit- und Unterstützungsmöglichkeiten. Nach Absprache kann er von Einzelnen oder Gruppen kostenlos für verschiedene Aktivitäten genutzt werden. Aktionen und Projekte sind u.a. Sozialraumanalyse mit Stadtteil-



begehungen, Expertengesprächen und Datenanalyse; aktivierende Befragung in den Haushalten und am Befragungsstand; regelmäßige Bewohnerversammlungen und Initiativentreffen; Gründung eines Projektbeirats, der aktiv mitarbeitet; Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche in Scholven“; Sozialraumerkundungsprojekt mit der örtlichen Grundschule „Scholven entdecken“; Ehrenamtliches Stadtteilcafé.

Grundlage der Arbeit in Scholven sind die Themen und Ideen der Bewohnerschaft, wobei auf die Ressourcen und Netzwerke im Stadtteil zurückgegriffen wird. In einem Stadtteil, der nicht in den Fördergebieten der kommunalen Stadterneuerung liegt, findet hier initiiert und finanziert durch Eigenmittel des Verbands und in Zusammenarbeit mit kommunalen Stellen Quartiersentwicklung mit der und durch die Bewohnerschaft statt. Deutlich wird, dass mit der Verantwortungsübernahme für das Quartier durch den Caritasverband ein bis dahin fehlender Ort für Begegnung geschaffen wurde, mit Verlässlichkeit für einen längeren Zeitraum. Wichtige Frage, die sich bei der Auswertung zum Ende der Laufzeit klären sollte, wird sein, ob, durch wen und in welchem Umfang die Netzwerke und Strukturen vor Ort aufrechterhalten werden können.

Die Goslarschen Höfe stehen beispielhaft für gemeinwohlorientiertes Unternehmertum und die damit verbundene Rolle für die Stadtentwicklung. Die Höfe wurden auf Initiative der beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofes unmittelbar am Rand der Altstadt entwickelt. Die „Goslarsche Höfe Integrationsbetrieb gGmbH“ ist eine gemeinsame Unternehmung der Caritas Goslar e.V. und der Diakonischen Beratungsdienste e.V. Teilprojekte der Höfe sind das Second-Hand-Kaufhaus, der Regionalwarenladen, ein Hofcafé mit eigener Kaffeerösterei, die Handwerkliche Hofhilfe, die Hofhilfe-Kooperation mit Goslarer Beratungsstellen, die Galerie HofArt und das spirituelle Zentrum HofMitte. Weitere Teilprojekte sind in Vorbereitung. Zu den Höfen gehören Handwerksbetriebe, ein Fahrradladen sowie eine privatwirtschaftlich betriebene Kfz-Werkstatt. Als Inklusions- und Integrationsbetrieb stellen die Höfe Arbeitsplätze für seelisch verwundete Menschen zur Verfügung.

Der Mix aus Inklusion und Beschäftigung, freiwilligem Einsatz für Aktivitäten und kreativem Recycling und Re-Use kommt aus einer ressourcenorientierten Überzeugung. „Niemand und nichts ist unbrauchbar“. Die sozialunternehmerischen Aktivitäten der Goslarschen Höfe sind wichtig, denn sie „verfolgen wirtschaftliche Ziele, ihr Gewinn aber wird nicht in erster Linie monetär definiert, sondern als soziale und ökologische Rendite.“¹

Bei der Überzeugungsarbeit, die über die vertrauten kirchlichen und verbandlichen Strukturen hinaus beispielsweise in die kommunale Verwaltung geht, stehen sich die „Welten“ des SGB und des BauGB teilweise noch

¹ BBSR (Hg.) (2017): Kreativ aus der Krise. Impulse für städtische Transformationen. Bonn, 33



gegenüber. Für die Weiterentwicklung dieser neuartigen sozialen Infrastruktureinrichtung, die einen mutigen integrativen Schritt für die Stadt Goslar getan hat, sind verschiedene Überlegungen in der Diskussion. Für die Entwicklung der HofMitte als Zone der Stille und Kreativität, Meditation, Gebetszeiten, Entspannung, Information und Beratung und eines „KinderHofs“ mit Spielplatz und Kinderartikeln sind zusätzliche Finanzierungsquellen notwendig, auch von Seiten der öffentlichen Hand. Die Höfe liegen zwischen den Förderkulissen der Städtebauförderung (Altstadt: Städtebaulicher Denkmalschutz; angrenzender Stadtteil: Soziale Stadt). Dies hat sich im Rahmen der kommunalen Stadtentwicklung trotz aller Aufmerksamkeit für die Höfe bisher als Hemmnis erwiesen.

Sozialkirche Kiel-Gaarden. Begegnung als Seelsorge

In Kiel-Gaarden, einem Stadtteil im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, gibt es zahlreiche Projekte für die Stabilisierung des Stadtteils. Eine besondere Rolle spielt die Sozialkirche Gaarden, wo ein Kirchenraum multifunktional genutzt wird und viele Akteure niederschwellig an einem integrierten Konzept zum Umgang mit Armut und sozialer Benachteiligung arbeiten.



Im Rahmen der Fusionierung dreier Kirchen zur evangelischen Kirchengemeinde Gaarden wurde für die Matthäuskirche das Nutzungskonzept als Sozialkirche entwickelt. Sie wirkt weit über den Stadtteil hinaus. Bis zu 200 sozial benachteiligte Menschen aus der ganzen Stadt kommen täglich in die Kirche und erleben, dass Kirche für sie ein Ansprechpartner ist. In der Sozialkirche Gaarden wird die Lebensmittelausgabe durch die Kieler Tafel verbunden mit geeigneten sozialen, kulturellen und seelsorgerischen Angeboten einer Begegnungsstätte. In der Kooperation von Kirchengemeinde Gaarden, Kieler Tafel und [stadt.mission.mensch](#) finden bis zu 20 langzeitarbeitslose Menschen eine Beschäftigungsmöglichkeit und damit Hilfe zu ihrer sozialen Integration.

Im Kirchensaal wird neben dem Lebensmittelladen ein Begegnungszentrum mit Cafeteria betrieben. Der Raum steht auch für Gruppen, Stadtteilaktivitäten, Kulturveranstaltungen zur Verfügung. Dadurch entsteht ein enger Kontakt zwischen den Menschen, der Ortsgemeinde und der Diakonie. Armut und soziale Benachteiligung werden von den Beteiligten direkt wahrgenommen. Dieses Handeln strahlt in den Kirchenkreis, die Landeskirche und die Öffentlichkeit aus.

Die Kirche will beispielgebend sein und wird zur Mittlerin bei der Entwicklung neuer Stadtteilkooperationen. Sie ist eingebunden in verschiedene lokale Netzwerke, hält Kontakt zu vielen Akteuren im Stadtteil und wirkt in interkulturellen und interreligiösen Runden mit. Zusammen mit der Volksbühne Kiel e.V. bietet die Sozialkirche Gaarden für alle, die arbeitslos sind oder ein geringes Einkommen beziehen, einen günstigen Theaterbesuch im Opernhaus oder im Schauspielhaus an. Die Sozialkirche befindet sich räumlich und inhaltlich direkt am Sport- und Begegnungspark, der über Soziale Stadt-Mittel gefördert wurde, und ist in der Lage, durch die niedrighwelligen Angebote die Menschen auch über den Stadtteil hinaus zu erreichen.

**ESTAruppin.
Engagement braucht
Strukturen**

Der Verein ESTAruppin, in dem der evangelische Kirchenkreis Wittstock-Ruppin seine gemeindediakonische Arbeit bündelt, begreift diakonisches Handeln primär als Arbeit der Vernetzung und Kooperation, aus der Überzeugung heraus, dass gesellschaftliche und soziale Mitgestaltung nur gemeinsam möglich sind. Die Partner sind vielfältig, vom Handwerk und Bau über den Gesundheitsbereich bis zum Landkreis. Projekte wie der Bauspielplatz Wilde Blüte richten sich gleichermaßen an Bildungsbürger/innen wie an Personen im Transferleistungsbezug und sind milieuübergreifend konzipiert. Die zugehörige Werkstatt bringt Langzeitarbeitslose in Beschäftigung und schafft zugleich einen baulichen Output für das Quartier. Flüchtlinge wurden in die Projektarbeit einbezogen.

ESTA steht dabei für die Gründungsidee aus dem Jahr 1998: Einsetzen Statt Aussetzen, ruppin für den regionalen Bezug. Als diakonischer Verein engagiert sich ESTAruppin e.V. mit den und für die Menschen unab-



hängig von Alter, Herkunft und Status. In allen Arbeitsbereichen setzt ESTAruppin e.V. sich ein für Begegnung und Integration, Chancengleichheit und Schutz vor Armut, praktisches Lernen für Jung und Alt, Beratung und Ermutigung sowie Prävention von Gewalt und rechtsextremen Einflüssen. Dabei werden sie durch zahlreiche Institutionen und Ämter unterstützt, „doch wir leisten mehr als die öffentliche Hand bezahlen kann. Unsere hauptamtlichen Mitarbeiter werden deshalb von einer Vielzahl freiwilliger und ehrenamtlich Engagierter unterstützt.“

Aus verwaltungstechnischen Gründen wurde ESTAruppin 2003 als Verein von Kirchengemeinden und dem Kirchenkreis Wittstock-Ruppin gegründet. Mit den strukturellen Veränderungen im Kirchenkreis ist eine Pfarrstelle für die gemeindediakonische Arbeit im Sollstellenplan des Kirchenkreises fest verankert. Orte wie der Bauspielplatz Wilde Blüte oder die Werkstatt Südstadt sind in diesem Kontext einzuordnen. Hier wird vor allem die langfristige Tragfähigkeit und Kontinuität eines breiten immer wieder an neue Aufgaben und Themen justierbaren Netzwerks, aber auch die Stärke kirchennaher Einrichtungen in der Aktivierung von Engagementstrukturen deutlich.

Das Handlungsfeld „Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion“ ist komplex und umfasst ein breites Spektrum sozial- und gesundheitspolitischer Erfordernisse. Es geht um Versorgungssicherheit und inklusive Strukturen in der Stadt, im Quartier, im Wohnumfeld. Dafür stehen die folgenden Pionierstandorte beispielhaft. Die Interessenlagen und Akteure sind vielfältig: Politik und Verwaltung (Bund, Länder, Gemeinden), und zwar dezernats- und ämterübergreifend (z.B. Soziales, Gesundheit, Kinder- und Jugendhilfe, Bildung, Stadtentwicklung und Stadtplanung), soziale Träger, Wohlfahrtsverbände und Kirchen, Pflege- und Gesundheitseinrichtungen und Stiftungen, Krankenkassen und Pflegeversicherungen, Wohnungswirtschaft, bürgerschaftliches Engagement.

Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit, Umwelt und Ernährung spielen gleichermaßen eine Rolle und machen Gesundheitsförderung zu einer sektorübergreifenden Querschnittsaufgabe, die nur selten gelebte Praxis ist. Ein thematischer Austausch zwischen Jugend-, Sozial- und Gesundheitsressorts im Sinne einer integrierten Sozialplanung ist in manchen Kommunen vorhanden, die Stadtentwicklung oder Stadtplanung ist bisher jedoch nur selten an diesen Arbeitskreisen beteiligt. In den stadtteilbezogenen integrierten Entwicklungskonzepten fehlt wiederum häufig das Handlungsfeld Gesundheitsförderung. Gesundheitsämter in den Kommunen sind eher auf spezifische Gruppen und in der Regel zentral organisiert, „was sozialräumlich angelegte Präventionsaktivitäten erschwert“.¹ Die sozialpolitisch neue Verknüpfung von inklusiver und integrierter Stadt- und Quartiersentwicklung, insbesondere bezogen auf die Lebensbedingungen von Menschen in schwieriger sozialer Lage, und sozialraumbezogenen „Gesundheitslandschaften“ gilt es auszubauen und weiter zu kommunizieren.

1 Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2014): Umwelt- und Gesundheitsaspekte im Programm Soziale Stadt – Ein Plädoyer für eine stärkere Integration. Positionspapier 97. Hannover, 14

Ein Paradigmenwechsel vom bisherigen Denken in Fürsorgekategorien zum Aufbau von Präventionsketten benötigt institutionell und finanziell angepasste Rahmenbedingungen. Mit der Dezentralisierung von Komplexeinrichtungen sowie integrierten kommunalen Strategien der Prävention und Gesundheitsförderung werden Potenziale für den Aufbau neuer Nachbarschaften und dezentraler quartiersbasierter Angebote sichtbar. Klassische sektorale Vorsorge-, Pflege- und Versorgungsstrategien werden neu ausgerichtet, es wird präventiv und inklusiv im Sozialraum gearbeitet. Gemeindezentren und bisher auf Teilgruppen ausgerichtete Infrastrukturen (Kinder- und Jugend-, Behinderten-, Altenhilfe etc.) öffnen sich zunehmend ins Quartier.¹

Ziel jeder Kommune muss es sein, ein attraktiver Ort für *alle* Menschen zu sein und inklusive Quartiere zu schaffen. Die Kommune trägt hierfür die politische Verantwortung und sollte initiativ sein. Es gilt den Prozess der Verwirklichung von Inklusion positiv, als Ressource im Quartier zu kommunizieren und nicht als Umgang mit Defiziten zu begreifen. Die alleinige Orientierung an einzelnen Zielgruppen und Handlungsfeldern greift zu kurz, um den Bedürfnissen der Menschen im Quartier gerecht zu werden und auch um Komplexeinrichtungen zukunftsfest zu machen. Inklusion wird hier als ein breites Handlungsfeld verstanden.²

Die Standards der Barrierefreiheit beim Planen, Bauen und Wohnen nach DIN 18040, die für bezahlbares, altersgerechtes und sicheres Wohnen für ältere Menschen, Familien und Menschen mit Behinderungen gelten, werden als so anforderungsreich und kostenintensiv wahrgenommen, dass die Wohnungswirtschaft im Wohnungsneubau einen Zielkonflikt zwischen bezahlbarem Wohnen und inklusivem Wohnen konstatiert und faktisch eher auf barrierearmen Ausbau ausweicht.³

1 Vgl. Konzept der gemischten Pflegearrangements, die familiäre, nachbarschaftliche, freiwillige und professionelle Hilfen zusammenbringen, in: BMFSFJ (2016): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Erkenntnisse und Empfehlungen des Siebten Altenberichts. Berlin, 32

2 Vgl. z.B. Nordmetall Stiftung, Q8 – Quartiere bewegen, Ev. Stiftung Alsterdorf. (2014): Wer organisiert das Soziale? Das Quartier als zentrale Handlungs- und Steuerungsebene in Hamburg. Hamburg

3 Immobilienwirtschaftlicher Dialog, BMUB, Altersgerecht Umbauen 2.0/Kriminalprävention, Werkstattgespräch, Berlin, 10.05.2016



Inklusive Quartiersentwicklung und Leben in Vielfalt sind Themen, die positive Wirkung für alle Menschen vor Ort entfalten. Impulse sind diesbezüglich top-down und bottom-up zugleich notwendig. Auch hier sind die Kirchen(gemeinden), die sich dem Sozialraum verpflichtet fühlen, „natürliche“ Partner für ein vielfältiges und inklusives Quartier. Freie Träger können mit ihrer fachlichen Expertise in Richtung Inklusion initiativ werden. Kirchen-gemeinden und Verbände können und sollten ihre sozialräumliche Expertise auch als Träger öffentlicher Belange in die Bauleitplanung einbringen, und in dieser Expertenrolle den Kommunen „auf die Sprünge“ helfen. Daneben können Kirchen direkt Einfluss mit ihren Liegenschaften und Immobilien nehmen und eine soziale, inklusive Stadt- und Quartiersentwicklung und die damit verbundenen Nutzungen unterstützen.

Ökumenische Zusammenarbeit, Bürgerstiftungen und trägerübergreifende Kooperationsmodelle statt einer rein konfessionell getragenen Einrichtung können einen breiteren Konsens erzielen und weitere Partner/innen anspre-

chen. Die dafür erforderliche Haltungsänderung setzt sich punktuell bereits durch und muss weiter kommuniziert und multipliziert werden.

Soziale Quartiersentwicklung als Aufgabe einer integrierten Stadtentwicklungspolitik enthält auch das Handlungsfeld Gesundheit / Prävention. Im Rahmen der Sozialen Stadt ist beispielsweise die Bereitstellung bzw. Erweiterung des räumlichen Angebots (z.B. Stadtteilschulen, MGH, Gesundheitstreffs), die Bildung gesundheitsbezogener Netzwerke auf Basis der integrierten Konzepte (z.B. Kommune, Krankenkassen, Ärzte, Schulen, Sportvereine) und die Unterstützung aufsuchender Arbeit durch das Quartiersmanagement möglich (Nicole Graf, BMUB)¹.

Die Weiterentwicklung der Koordinierungsstellen Gesundheitliche Chancengleichheit in den Bundesländern geht mit der Umsetzung des Präventionsgesetzes von 2015 in diese Richtung. Bei den weiteren Überlegungen auch im Sinne der ressortübergreifenden Strategie (BMUB 2016) sollten die Anknüpfungspunkte zwischen Präventionsgesetz und dem Programm Soziale Stadt für benachteiligte Quartiere überprüft werden, beispielsweise mit krankenkassenübergreifenden Verfügungsfonds oder darüber hinaus mit einem Partnerprogramm zur Sozialen Stadt (empirica, Bundestransferstelle Soziale Stadt)².

Eine weitergehende integrierte Herangehensweise im Sinne von "Health in all policies" bezieht explizit auch die „Kirchengemeinde als Setting / Lebenswelt“³ ein. Diese Verknüpfung ist bisher jedoch nur ein Randthema, so dass *Kirche findet Stadt* mit dem Innovations- und Handlungsfeld und den Pionierstandorten auch eine breitere Sensibilisierung in die Verbandsstrukturen intendiert.

1 Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit, Quartiersbezogene Gesundheitsförderung - Gesunde Quartiersentwicklung, Partnerkonferenz Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, Berlin, 20.04.2017.

2 ebenda.

3 Prof. Dr. Heike Köckler, Hochschule für Gesundheit Bochum, KfS-Transferwerkstatt, Berlin, 11.-12.05.2016.

Das katholische Alexianer Krankenhaus Hedwigshöhe in Berlin-Treptow-Köpenick ist ein Pionierstandort, an dem eine Gesundheitseinrichtung besondere Aspekte über die stationäre Versorgung hinaus bearbeitet. „Familiengesundheit als integrierte kommunale Strategie“ wurde in der letzten Legislaturperiode als Metastruktur und Querschnittsthema unter dem Aspekt von Prävention und Gesundheitsförderung entwickelt. Inzwischen ist dies Projekt in das langfristige Vorhaben „Sorgender Bezirk Treptow-Köpenick – Compassionate Community“ unter das Dach des Demografiekonzepts des Bezirks Treptow-Köpenick überführt worden. Aktuell werden drei Schwerpunkte bearbeitet: Young Carers – betreuende und pflegende Kinder und Jugendliche; Sorge für ältere Menschen, ihre Familien und Netzwerke; Umgang mit Verlust, Sterben und Trauer in der Familie. Über eine gemeinsame Steuerung durch das Krankenhaus Hedwigshöhe und den Bezirk, in trägerübergreifender Kooperation und in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bürgern / Familien werden theoretisch-praktische Leitkonzepte entwickelt und umgesetzt, die die Dimensionen Familiendynamik und -situation, Lebenslage und Lebenswelt, Sozialraum und Quartier umfassen.

Die gelebte Sorgeskultur und die bestehenden Hilfenetzwerke im Lebenslauf und am Lebensende werden sichtbar gemacht, „informelle“ Sorge (Angehörigenpflege, Nachbarschaftshilfe, Quartiersarbeit) bildet einen Referenzrahmen für die strategische Weiterentwicklung. Parallel dazu wurde eine „Familiengesundheitsakademie“ (VHS, KH Hedwigshöhe, Bezirk) mit dem Ziel der Förderung von Gesundheitsbildung und Gesundheitskompetenz dezentral im Quartiersbezug umgesetzt. In der Aufbauphase befindet sich das „Kompetenzzentrum für Familiengesundheit“ an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen (Koop.-Partner Caritasverband Berlin, Alexianer St. Hedwig Kliniken). Familienbezogene



Prävention und Gesundheitsförderung werden als für Beratungskompetenz und Empowerment- und Partizipationsprozesse essentielle Themen in Lehre, Theorie-Praxis-Transfer und Praxisforschung hineingetragen.

Die beschriebenen Kooperationsansätze bestätigen die Notwendigkeit und den Mehrwert einer systematischen ressortübergreifenden Zusammenarbeit von Gesundheitsförderung und Stadtentwicklung, zwischen Setting-Ansatz, Sozialraumorientierung und integrierter Stadtteilentwicklung mit konsequentem Einbezug von Bildungseinrichtungen.

**Inklusives
Oberteuringen -
Stiftung Liebenau.
Soziale Zukunfts-
gestaltung mit
Versorgungssicherheit**

Die Pionierstandorte Pfullingen und Oberteuringen stehen für die kirchliche Trägerlandschaft, die sich im Bereich Alten- und Behindertenhilfe in inklusiven Nachbarschaften öffnet und gemeinwohlorientiert agiert. Die Träger, die evangelische Samariterstiftung Nürtingen und die katholische Stiftung Liebenau, sind an mehreren Standorten aktiv und setzen in einem Reorganisationsprozess als professionelle Dienstleister zunehmend auf abgestufte Modelle, die neben den klassischen Pflegebereichen Wohnformen und Quartiersansätze für das

Leben im Alter entwickeln. Zusammen mit Kirchengemeinden, Wohnungsunternehmen und dem Gewinnen von Familien, Nachbarschaft und freiwilligem Engagement entstehen niedrighschwellige Unterstützungsnetzwerke vor Ort. Statt sich an Zielgruppen zu orientieren, wird der Bezug über die Lebensphase hergestellt. Dabei kommen zunehmend Präventions- und Bildungsketten zum Einsatz. Beide Träger setzen sich gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden auch landespolitisch mit starker Stimme für eine breit verstandene Quartiersstrategie ein.¹

Die Stiftung Liebenau ist überwiegend im ländlichen Raum im Südwesten Deutschlands aktiv. Der Pionierstandort ist ein gemeinsames Projekt der Gemeinde Oberteuringen (ca. 5.000 Ew.) und der Stiftung Liebenau für ein aktives, bürgerschaftlich geprägtes Gemeinwesen. „Inklusives Oberteuringen“ steht für die Entwicklung und Gestaltung eines neuen, zentral gelegenen Sozialraums, auch „Neue Mitte“ genannt. Positiv für die Entwicklung des Projekts ist die bereits seit langem verfolgte, inklusive Strategie der Gemeinde Oberteuringen. Bereits vor etwa zwanzig Jahren gab es erste Entwicklungsplanungen gemeinsam mit der Stiftung Liebenau. Hieraus entstanden 2007 die ersten „Lebensräume für Jung und Alt“ der Stiftung Liebenau, bei denen mit Gründung einer Bürgerstiftung zusammen mit Kommune, Träger und weiteren lokalen Akteuren eine hauptamtliche Teilzeitstelle für Gemeinwesenarbeit finanziert wurde. Im Zuge der weiteren Entwicklung des Projekts sind die katholische und evangelische Kirchengemeinde mit ihren Gruppierungen ebenso wie die wei-

1 Samariterstiftung Nürtingen, Stiftung Liebenau, Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V. Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart e.V. (2014): Soziale Zukunft Wohnquartier. Impulse und Positionen für eine Quartiersstrategie in Baden-Württemberg.

teren zivilgesellschaftlichen Akteure in Oberteuringen aktiv beteiligt.

Mit diesem infrastrukturellen Konzept will die Gemeinde Oberteuringen in Zusammenarbeit mit der Stiftung Liebenau einen wesentlichen weiteren Entwicklungsschritt hin zu einer ländlichen, versorgungssicheren Bürgergemeinde für alle Bürger/innen gehen und dabei auch - und vor allem - die Menschen mit Behinderung einbeziehen. Das „Campusgebäude“ mit den unterschiedlichen Akteuren bildet die neue Mitte des Quartiers. Im Umfeld des „sozialen Zentrums“ befindet sich eine hohe Zahl neuer Eigentums- und Mietwohnungen, die zum Teil barrierefrei gebaut und zugänglich sind. Zudem wird in diesem Quartier ein inklusives und innovatives Wohnhaus für Menschen mit einem hohen Betreuungsaufwand geschaffen. Ziel ist ein Lebensort ohne Sonderräume, in dem alle den Alltag miteinander leben können. Maßgeblich unterstützt wird das Projekt durch eine von der Gemeinde finanzierte Stelle der Inklusionsbeauftragten. Zu ihren Tätigkeiten zählen: Aufbau lebendiger Nachbarschaften, Stärkung freizeitbezogener Aktivitäten für alle und besonders für diejenigen mit Unterstützungsbedarf, daneben auch die inklusive Weiterentwicklung der örtlichen Institutionen und Vereine.¹

Für die Stiftung Liebenau geht es darum, einen neuen Welfare-Mix zu entwickeln, wobei die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Sektoren Staat, Markt, gesellschaftliche Assoziationen und informelle soziale Netze überwunden und ihre spezifischen Leistungen in fruchtbarer Weise verknüpft werden. „Zusatzkosten und Infrastrukturen gemeinschaftlicher Arrangements werden von einem als Sondervermögen verwalteten

1 Bürgermeister Karl-Heinz Beck, Inklusives Oberteuringen. Fachtagung Gemeinwohl gestalten. Innovative Kooperationen in den Kommunen. Ev. Akademie Bad Boll, 13.07.2017



Fonds gedeckt, dessen Kapital sich aus Verkaufüberschüssen/Finanzerträgen der Gemeinden, Bauträgergewinnen, Netto-Mieterträgen und Träger-Subventionen zusammensetzt.“¹ Daraus wird eine professionelle Gemeinwesenarbeit finanziert. Teilweise wurden diese Fondsmodelle zu rechtlich selbstständigen Bürgerstiftungen weiterentwickelt.

Bei der Entwicklung in Oberteuringen kam das „Einheimischenmodell“ zum Tragen, bei dem gemeindeeigene Grundstücke nach verschiedenen Kriterien der Ortsgebundenheit als verbilligtes Bauland vergeben werden. Damit konnten u.a. junge ortsansässige Familien Eigentum erwerben und sich an ihrem Wohnort mit einer Zukunftsperspektive niederlassen. Diesen Mechanismus, der im ländlichen Raum verbreitet ist und wichtige Effekte für den lokalen sozialen Zusammenhalt bieten kann, aber rechtlich wegen des Prinzips der Ungleichbehandlung auch auf dem Prüfstand ist, gilt es weiter zu untersuchen.

Die Stiftung ist Mitglied des Netzwerks SONG – Soziales neu gestalten e.V., das bundesweit mit Akteuren

1 Netzwerk SONG (Hg.) (2009): Zukunft Quartier - Lebensräume zum Älterwerden. Soziale Wirkung und „Social Return“- Eine sozioökonomische Mehrwertanalyse gemeinschaftlicher Wohnprojekte. Gütersloh

der Sozialwirtschaft agiert, und plädiert in diesem Zusammenhang für neue Organisationsstrukturen und eine Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik im Sozialleistungssystem vom ausschließlichen Einsatz für Einzelfallhilfe hin zu einem Teil der Mittel für Netzwerkmanagement/Gemeinwesenarbeit.¹

PAULA Pfullingen -
Samariterstiftung
Nürtingen. Von der
Komm- zur Geh-
Struktur

In Pfullingen ist es die evangelische Samariterstiftung, die ein Modellprojekt mit der Diakonie-Sozialstation Pfullingen-Eningen u.A. entwickelt hat. PAULA (= Pfullingens Alltags-Unterstützung für das Leben im Alter und bei Behinderung) ist eine Initiative für freiwilliges Engagement für „Lebensqualität und Unterstützung bei Pflege zu Hause“ im Sinne einer gemeinsamen lokalen Verantwortungsgemeinschaft. PAULA steht für lebendige Nachbarschaft in Pfullingen und soll diese über eine zielgruppenspezifische Gesundheitsförderung hinaus fördern und voranbringen. Gutes Leben im Stadtteil heißt, mit anderen Bewohner/innen im Gespräch zu sein, die Nachbarschaft zwischen den Generationen zu gestalten. PAULA bietet eine Anlaufstelle mit Beratung, einen Besuchsdienst, initiiert Nachbarschaftstreffen, z. B. das Nachbarschaftsfrühstück für Pfullinger Bürger/innen mit der Methode des Permanent Breakfast (Menschen miteinander bekannt machen, Plattform/Anlass bieten, damit Menschen in Kontakt kommen, sehr niederschwelliges Angebot). Im Südwesten der Stadt unterstützt die evangelische Thomaskirchengemeinde die Initiative. Kirchengemeinden haben sich vor Ort als wichtige Anker erwiesen.

Nachbarschaftliche Treffen in weiteren Stadtteilen sollen initiiert werden. Die Kommune und die Pflege-

1 Ulrich Kuhn (2014): Nur gemeinsam sind wir stark. Wohlfahrts-träger als Partner lokaler Verantwortungsgemeinschaften. In: BBE-Newsletter 04/2014 vom 06.03.2014.



versicherung unterstützen das Projekt finanziell, dabei wird es auch darauf ankommen, über die Projektlaufzeit hinaus Strukturen zu entwickeln. Der Handlungsbedarf in diesem Feld ist groß. Als Träger der (vorher stationären) Altenpflege will sich die Samariterstiftung von der Komm- zur Geh-Struktur weiter entwickeln und dezentral selbstbestimmtes Leben in der eigenen häuslichen Umgebung fördern. Hierzu gilt es, weitere Partner und Akteure einzubinden und lebendige Vereinsstrukturen vor Ort aufzugreifen, die im Sinne von Menschen mit Unterstützungsbedarf vernetzt werden können.

Rastatt. Testfall Inklusion

Am Pionierstandort Rastatt bestand die Intention, im Rahmen einer Neukonzeption der Wohneinrichtung des Caritasverbands Rastatt für Menschen mit psychischer Erkrankung ein „Zentrum für seelische Gesundheit“ mit einem starken Fokus auf Empowerment und sozialräumliche Vernetzung zu entwickeln. Im Zielfokus lagen u.a. eigenständige Lebensführung, Erhaltung und Förderung von sozialen Beziehungen, Mitverantwortung in Wohngemeinschaft und Haus, Mitgestaltung des

Sozialraums und des Zusammenlebens, Engagement im Stadtteil, Inklusion sowie die Einbindung des Zentrums in das Quartier. Umfangreiche Vernetzungen mit Fachstellen extern und innerhalb des Caritasverbandes sollten helfen, die Qualität zu sichern. Neben klaren Strukturen und unterstützenden Rahmenbedingungen wurden Teilhabeprojekte (Öko-Projekt, Cari-Chor, Kunstprojekt) implementiert. Durch die Aktivitäten wurde die Wohneinrichtung ein wichtiger Partner im Quartier zum Thema Inklusion. Das neue Zentrum für seelische Gesundheit sollte das Quartier, die Präsenz der Menschen mit psychischer Erkrankung sowie die Inklusion als gesundheitsförderliches Element stärken.

Nach einer erfolglosen Standortsuche liegt dieses ehrgeizige Projekt allerdings derzeit auf Eis. Hier wurde deutlich, dass es Treiber/innen für diesen innovativen Ansatz braucht. Ein gemeinsames Verständnis, eine inklusive Haltung der zu beteiligenden Akteure sind ebenso essentiell wie Risikobereitschaft und Experimentierwillen. Die bisher wenig erprobte Öffnung vulnerabler Gruppen in den Sozialraum, bei der Ausgang und Wirkungen zunächst ungewiss sind, hat es schwer Unterstützung zu finden.

Soziale Quartiersentwicklung braucht passgenaue Organisationsformen, die die Vielfalt der Akteure und die Komplexität der Handlungsfelder für die Lebensqualität vor Ort integrieren können. Für eine langfristige Perspektive bedarf es Wege, um aus der Projektförderung in eine nachhaltige Finanzierung zu gelangen. Denn erst Langfristigkeit schafft Vertrauen und spart letztlich auch Ressourcen.

Um Entwicklungspartnerschaften

einzugehen, ist ein Perspektivwechsel in
elementaren Dimensionen notwendig.

Status quo	Neuausrichtung
„Das haben wir schon immer so gemacht.“	„Wie setze ich an? Wo ist der Spielraum für Neues?“
Defizitorientierung	Ressourcenorientierung
Fallbezogenheit	Der Fall im Feld / Sozialraumorientierung
Versorgung	Aktivierungsstrategien
Zielgruppen	Menschen im Nahraum / Quartier
Sektorale Versäulung	Ressortübergreifendes Handeln
Modellhafte Innovation	Transfer in Regelfinanzierung
Träger parallel zur Kommune	Netzwerk aus Kommune, Träger und anderen

Entwicklungspartnerschaften im Quartier

Kooperationsbeziehungen funktionieren dort, wo ein gemeinsames Interesse vorhanden ist, Vielfalt zugelassen und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet werden. Verbindlichkeit muss eingeführt und gemeinsam gelernt werden. Es braucht Personen mit Entscheidungskompetenzen in den jeweiligen Gremien. Vor Ort gibt es einen immensen Beratungs- und Qualifizierungsbedarf, da der Aufbau der Kooperationen und Netzwerke und das interdisziplinäre Arbeiten voraussetzungsvoll und teilweise über lange Zeiträume zu entwickeln ist. Bei zentralen Akteuren sind daher Querschnittsdenken und Durchhaltevermögen gefragt. Um Entwicklungspartnerschaften einzugehen, ist ein Perspektivwechsel in elementaren Dimensionen notwendig.

Kommunen sind mit ihrem gesamtstädtischen Interesse die Schlüsselakteure für eine integrierte Quartiersgestaltung. Ihnen fällt eine initiativ, gestaltende, treibende, koordinierende und nicht zuletzt finanzierende Rolle zu. Sie müssen personell und finanziell in die Lage versetzt werden, diese Aufgaben auch zu erfüllen. Politische Rückendeckung ist für Quartiersprozesse unerlässlich. Denn in Quartieren mit vielfältigen Problemlagen wird es auf absehbare Zeit keine selbsttragenden Strukturen geben. Die „zentrale Bedeutung von umfassenden gebietsbezogenen Ansätzen gegenüber Einzelmaßnahmen“¹ ist für den Bereich der Städtebauförderung evident, umso deutlicher muss die

¹ BBSR (2017): Städtebauförderungskongress. Herausforderungen und Perspektiven. BBSR-Online-Publikation 24/2017, Bonn, 49

Schlussfolgerung sein, Kräfte zu bündeln und handlungsfeld- und akteursübergreifend zu agieren.

Kirche und Verbände sowie die Einrichtungsträger arbeiten nicht selbstverständlich zusammen. Freie Wohlfahrtspflege, Sozialunternehmen und Kirche sprechen unterschiedliche Sprachen und folgen unterschiedlichen Logiken. Schwerpunkte und Kompetenzen in den einzelnen Bistümern und Landeskirchen unterscheiden sich deutlich und sind mit ihrer Autonomie oft eine „Black Box“, die den Zugang zu neuen Querschnittsthemen und Öffnungen erschwert. Viele Kirchengemeinden sind in tiefgreifende Umstrukturierungsprozesse eingebunden. Sie fordern den Kirchengemeinden, Pfarrer/innen, beruflichen Mitarbeitenden und engagierten Gemeindemitgliedern bereits viel ab.

An vielen Orten steht ein Verständigungsprozess über das Selbstverständnis der Gemeinden an. Solche kirchlichen Reformprozesse können auch als Chance genutzt werden, um neue Akzente bei der Arbeit zu setzen und eine Öffnung in das Umfeld, ins Quartier zu verwirklichen. Derartige Prozesse bieten große Potenziale für ein gemeinsames Handeln im Sinne von Teilhabe und geteilter Verantwortung in den Quartieren. Dies geschieht bereits an den Pionierstandorten. In manchen Kirchengemeinden ist noch das Bewusstsein für diese Notwendigkeit zu schaffen.

Eine der wichtigen Erkenntnisse ist die Bedeutung eines breiten Konsenses, innerkirchlich oder verbandlich, aber vor allem auch der Konsolidierung von Allianzen. Kritisch zu sehen sind Standorte, an denen die Kooperationspartner auf Seiten der Kommune sich erst spät in den Prozess einklinken oder vor allem als administrative Ansprechpartner für Verwaltungsprozedere und Genehmigungen kontaktiert werden. Hier ist ein großer Lernbedarf auf allen Seiten zu konstatieren. Das

gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Rollen in einer Kooperation ist oft noch ausbaufähig, gerade wenn es um eine längerfristige Entwicklungspartnerschaft für das Zusammenleben vor Ort gehen soll.

Sich auf die „Welt“ einzulassen statt in den vertrauten kirchlichen Strukturen zu verharren, kann eine Bereicherung und Belebung auch für die kirchlichen Aktivitäten sein. Eine Öffnung ins Quartier erhöht das politische Gewicht und die Relevanz von Kirchen und Verbänden im jeweiligen lokalen Kontext. Eine solche Neuausrichtung ist in zentralen Beschlüssen hinterlegt, seitens der Deutschen Bischofskonferenz, aber auch diverser diözesaner Synodenpapiere, Leitbilder und strategischer Leitlinien.¹

In kirchlichen Restrukturierungsprozessen ist eine stärkere Quartiersorientierung eine zentrale Option. Derartige Prozesse bieten große Potenziale für ein gemeinsames Handeln im Sinne von Teilhabe und geteilter Verantwortung in den Quartieren. Die Diakonie Hessen hat dazu einen „Reisekoffer“ erstellt, der in Zusammenarbeit mit den Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau sowie Kurhessen-Waldeck Theorie, Methoden, Praxisbeispiele für eine gemeinschaftliche Arbeit im sozialen Nahraum zusammenfasst.²

Das Bistum Essen setzt sich z.B. mit dem Zukunftsbild „Du bewegst Kirche“ mit neuen Nutzungsmöglichkeiten für die Kirchengebäude offen auseinander. Haupt- und Ehrenamtliche gingen im Herbst 2017 gemeinsam der Frage nach, wie man Kirche für die Zukunft neu denken

1 KfS-Strategiegespräch „Entwicklungspartnerschaften – Verbände und Kirchengemeinden in der Kommune“, Partnerkonferenz Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, Frankfurt/Main, 05.04.2017

2 Diakonie Hessen (2017): Unterwegs als Nachbarn. Ein Reisekoffer. Wir sind Nachbarn. Alle. Verantw. Redaktion: Uwe Seibel. Frankfurt/Main

und gestalten kann, mit einem inspirierenden Motto: „Das haben wir noch nie probiert, also geht es sicher gut.“¹

Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern hat im Frühjahr 2017 einen Reformprozess unter dem Titel „Profil und Konzentration“ (PuK) eingeleitet. Unter anderem heißt es dort, Kirche müsse heute verstärkt dorthin gehen, wo die Menschen leben, statt zu warten, dass sie kommen; Kirche solle mehr in Räumen denken und weniger in Gemeindegrenzen; Teamfähigkeit und multiprofessionelle Teams sollten zukünftig eine größere Rolle spielen. Die Aufwertung der mittleren Ebene von einer Verwaltungs- zu einer Gestaltungsebene wird von Landesbischof Bedford-Strohm als Schlüssel für den Reformprozess gesehen.²

Die Potenziale kirchlicher Liegenschaften für quartiersbezogene Arbeit sind noch nicht ausgeschöpft. Der Immobilienbesitz der Kirchen ist ein äußerst relevanter Faktor, gerade auch um sich im Sinne des Zusammenlebens im Quartier zu engagieren und einen Schub für Innovation und soziales Leben zu geben. In Großstädten fehlt es häufig an Flächen, um eine solche stabilisierende soziale Innovation realisieren zu können. Würden die Kirchen mehr ihrer Liegenschaften als soziale Ankerpunkte einbringen, wäre dies ein hilfreicher Faktor. Die kirchliche Bewusstseinsbildung zum Thema Immobilien nimmt zu. Die Immobilienkompetenz in den Kirchengemeinden gilt es zu stärken, da die Liegenschaften meist in der Hand örtlicher Gemeinden liegen. Ein gemeindeübergreifendes Gebäudemanagement auf Ebene der Diözesen und in einigen Landeskirchen ist im Aufbau.

1 <http://zukunfts bild.bistum-essen.de>, Komplizenkonferenz, Oberhausen, 23.10.2017

2 <https://landessynode.bayern-evangelisch.de/Schwerpunktthema-Profil-und-Konzentration.php#tab22>



Kirche findet Stadt-Transferwerkstatt in Köln-Chorweiler, November 2015

Wenig oder nicht mehr genutzte Sakralbauten gilt es in der Regel zu bewahren, aber auch einer dauerhaften Neu- oder Nachnutzung in den Quartieren zuzuführen. Einige Ansätze sind vielversprechend und zeigen die quantitative Dimension der derzeitigen Nutzungseingpässe im kirchlichen Bereich auf, z.B. die Informations- und Beratungsplattform für Kirchenumnutzung der Landesinitiative StadtBauKultur NRW¹, der Kirchbauverein der Moderne an Rhein und Ruhr, „Querdenker – 500 Kirchen in Thüringen“ von Ev. Kirche in Mitteldeutschland und IBA Thüringen.

¹ <https://stadtbaukultur-nrw.de/neues/abriss-oder-weiterentwicklung-auf-der-suche-nach-neuen-konzepten-fur-leere-kirchen>

„SGB meets BauGB“

Eine integrierte Quartiersentwicklung mit starken lokalen Bündnissen, in denen auch kirchlich-verbandliche Akteure eine wichtige Rolle spielen können, hat sich in der strategischen Ausrichtung im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt und darüber hinaus auch in den anderen Städtebauförderprogrammen durchgesetzt. Partizipation und geteilte Verantwortung mit anderen Akteuren werden hier neu durchbuchstabiert und zu Eckpunkten für die Förderrichtlinien. Die Debatte wurde in den beiden Wohlfahrtsverbänden vorangebracht und in eine sozialpolitische Öffentlichkeit getragen. *Kirche findet Stadt* verstärkt auch die verbandsstrategischen Prozesse zur Sozialraumorientierung der Caritasarbeit und zur Gemeinwesendiakonie.

Eine versäulte Sichtweise, die in vielen Kommunen Stadtentwicklung und Soziales nicht integriert betrachtet und Raumbezug dem Subjektbezug gegenüberstellt, wurde als ein wesentlicher struktureller Engpass gesehen, der nicht mehr den komplexen sozialen Herausforderungen gerecht wird. Mit integrierten Stadtentwicklungs- und Handlungskonzepten, zu denen alle Dezernate ihre Aktivitäten bezogen auf die Stadt bzw. das Quartier einbringen, werden Austausch und strukturelle Gelegenheiten für ressortübergreifendes Denken und Handeln geschaffen. Hier ist ein Umdenk- und Lernprozess im Gang, der sich jedoch noch stärker in den Regelstrukturen abbilden sollte, z. B. in Form von Stabsstellen, Querschnittsarbeitsgruppen, Task Forces bis hin zu neuen Dezernatszuschnitten.

Die aktuelle Zwischenevaluierung des Programms Soziale Stadt erinnert an die ursprünglich ressortübergreifende Philosophie der Gemeinschaftsinitiative Ende der 1990er Jahre, die neben der städtebaulichen auch als eine explizit sozialpolitische Aufgabe verstanden wurde. Dies spiegelt sich allerdings nicht in der inten-

dierten Beteiligung anderer Ressorts und Politikfelder an den sozial-integrativen Maßnahmen wider.¹ Überlegungen in strategischer Hinsicht finden sich auf Bundesebene, wo eine „Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt“² erarbeitet wurde. Darin wird eine Abstimmung der Verantwortlichkeiten für das Ziel „Soziale Integration“ erprobt, Aktivitäten und Programmatik der Nachbarressorts werden mit dem „Leitprogramm Soziale Stadt“ auf Synergien und Kopplungspotenziale geprüft.

Die Innovationskraft liegt in den neuen Kooperationsformen und Allianzen in der Stadtentwicklung, wie sie am Beispiel der Pionierstandorte aufgezeigt werden. Sektorübergreifend werden hier mit dem Fokus auf das Quartier Brücken zwischen Kommunen, Kirchen, kirchlichen Verbänden, Sozial- und Wohnungswirtschaft geschlagen. Wenn der Bau eines Begegnungs- und Stadtteilzentrums öffentlich gefördert wird, ergeben sich daraus finanzielle Verantwortung, Haftungsfragen und der Bedarf einer frühzeitigen Sicherung des anschließenden Betriebs. Auch hier sollte die ressortübergreifende Zusammenarbeit eine entsprechende, nachhaltig angelegte Mischfinanzierung aus verschiedenen Budgets vorsehen. Dies kann etwa die Inanspruchnahme der Städtebauförderung für die Investition der baulichen Umsetzung sein. Die für die Nutzung relevanten Ressorts, wie in erster Linie die Sozial-, Jugend- oder Gesundheitsressorts, sollten einbezogen werden, um den laufenden Betrieb zu gewährleisten. Im Sinne der Nachhaltigkeit ist die Einrichtung von Planstellen für Geschäftsführungs- bzw. Managementaufgaben zu priorisieren.

1 BBSR/BMUB (2017): Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt. Bonn, 23ff.

2 BMUB (2016): Nachbarschaft stärken, Miteinander im Quartier. Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt. Berlin.

Die „versäulte“ Handlungslogik bei Verbänden, aber auch in den Kommunen liegt oft quer zu den Bedarfen an integriertem Handeln und erfordert weitere Organisationsentwicklung. Vor allem ist die Schnittstellenproblematik anzugehen, die in den gesetzlichen Grundlagen der sozialen und gesundheitlichen Hilfefelder (insbes. SGB) angelegt ist. So etwa unterscheiden sich die Grundprinzipien einzelner Sozialgesetzbücher teilweise grundlegend (bspw. Arbeitsförderung mit dem Prinzip des Förderns und Forderns versus staatliche Schutz- oder Fürsorgepflicht in der Kinder- und Jugendhilfe) wie auch die jeweiligen Finanzierungsformen (beitrags-/umlagefinanziert etwa im Gesundheitswesen oder der Rentenversicherung versus steuerfinanziert) und Finanzierungsverantwortlichkeiten (Bund – Länder – Kommunen, Kassen).

Die fallbezogene, an Zielgruppen (z. B. Kranke, Menschen mit Behinderung, junge oder alte Menschen) und Einschränkungen (z. B. Behinderungs- und / oder Pflegegrad sowie Arbeitslosigkeit) orientierte Finanzierungslogik des Sozialrechts erschwert sozialräumliches diakonisches Arbeiten, verhindert es aber auch nicht völlig. Einige Ansätze, Komplexeinrichtungen zukunfts- fest zu machen, Vorsorge- und Versorgungsstrategien auch zielgruppenübergreifend auszurichten und ins Nachbarschaftsgefüge zu dezentralisieren sind vielversprechend.

Ein erfolgsversprechender Ansatz, der weiterer Prüfung bedarf, ist die Aufnahme von gemeinwesen- und sozialraumorientierter Arbeit als Qualitätskriterium in den Kooperationsvereinbarungen zwischen Leistungsträgern und Leistungserbringern. Zu prüfen ist auch, das Engagementmanagement an Komplexeinrichtungen direkt über den Leistungsanspruch der Bewohner/innen zu finanzieren. Trotz der Finanzierung durch personenbezogene Beratung und Dienstleistung gelingt es

Gesundheits-, Behinderten- und Pflegeeinrichtungen, sich zu aktiven und vernetzten Partnern in den Quartieren zu entwickeln.

Es bleibt jedoch unerlässlich, auf politischer Ebene fallunspezifische und präventive Arbeit im Sozialrecht verbindlich stärker zu verankern. Für eine langfristige und nachhaltige Ausgestaltung der Quartiersarbeit bedarf es vor allem auch neuer Möglichkeiten der Regelfinanzierung.

So kann eine tragfähige soziale Quartiersarbeit entwickelt werden, die weit über das derzeitige Quartiersmanagement hinausreicht. Eine solche Strategie integriert alle Perspektiven und Sektoren und dekliniert Gemeinwohlorientierung akteursübergreifend weiter. Dabei werden in erster Linie Orte etabliert, die die Bereiche Stadt- und Quartiersentwicklung, Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Alter, Pflege, Inklusion, Zuwanderung, Arbeit, Gesundheitsförderung, Prävention, Mobilität, Hilfen in besonderen Lebenslagen sowie Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements gleichermaßen und selbstverständlich einbeziehen.

Kirchen und ihre Verbände sind starke zivilgesellschaftliche Akteure der Stadtentwicklung. Das Knüpfen eines Nachbarschaftsgefüges ist für soziale Stadt- und Quartiersentwicklung und somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig. Die folgenden Positionen zu Entwicklungspartnerschaften im Quartier ordnen im Dialog wichtige Schwerpunkte ein:

- Zivilgesellschaft im Quartier,
- kirchliche Reformprozesse im Gemeinwesen Stadt,
- Wohnungsunternehmen als Akteur im Quartier,
- Landes- und Diözesanverbände als strategische Akteure,
- SGB meets BauGB.

Zivilgesellschaft im Quartier

Was können die kirchlichen und die sozialverbandlichen Akteure konkret aus Ihrer Perspektive / Ihrem Arbeitszusammenhang zur Stärkung des Zusammenlebens im Quartier beitragen?



OKR Dr. Ralph Charbonnier

Referatsleiter
Sozial- und
Gesellschaftspolitische
Fragen, Kirchenamt der
EKD, Hannover, zuvor
Superintendent im
Ev.-luth. Kirchenkreis
Burgdorf

R.C. Kirchengemeinden und kirchliche Initiativen haben ihre Stärken und ihre Identität zum einen in der Glaubensmotivation ihrer Mitglieder mit der sie auf Andere offen und interessiert zugehen. Zum anderen verstehen sie es, Gemeinschaft zu stiften und zu pflegen. Des Weiteren können sie diakonisches Know-how einbringen – entweder in Form ehrenamtlicher Tätigkeiten oder durch Hinweise auf Fachleute bei Beratungsstellen oder Pflegediensten der Diakonie oder anderer Träger. Kirche ist Bildung wichtig – in gezielten Bildungsveranstaltungen von der Elementar- bis hin zur Erwachsenenbildung wie auch in Bildungsprozessen durch gemeinsames Leben und Tun. Kirchengemeinden und kirchliche Initiativen wissen von gruppendynamischen Prozessen und können diese mit anderen zusammen moderieren und leiten. Sie haben eine Vorstellung vom Gemeinwohl, das nicht automatisch dadurch entsteht, dass jeder an sich selbst denkt, sondern das es zu gestalten gilt. Nicht zuletzt ist es den Menschen aus der Kirche wichtig, auf die Seele der Anderen und die eigene Seele zu achten. Deswegen haben Selbstsorge, Seelsorge von Mensch zu Mensch und Seelsorge durch Pfarrerinnen und Pfarrer im Quartier ihren selbstverständlichen Ort. Damit wird auch das Zusammenleben im Quartier beeeelt.



Dr. Elke Bojarra-Becker
Deutsches Institut für
Urbanistik, Berlin

E.B.-B. Kirchliche und sozialverbandliche Akteure können basierend auf christlichen Werten unvoreingenommene Nachbarschaft und Zusammenhalt „vorleben“. Hierfür müssen sie ihre Aktivitäten nicht grundsätzlich verändern – es gibt ja bereits eine Reihe von Beispielen, in denen sich das Engagement christlicher Akteure nicht allein auf konfessionelle Zielgruppen beschränkt. Neben dem Liturgiekreis, dem Pfarrgemeinderat oder spirituellen Angeboten von Trägern sind es Ansätze wie Tafeln, Hausaufgabenhilfe, Kleiderkammern oder das Engagement für Geflüchtete, die den Menschen in den Vordergrund stellen und nicht allein die Konfession. Kirche und verbandliche Träger bieten damit einen Ort der Begegnung und des Austauschs. Das stärkt den

Zusammenhalt im Quartier ebenso wie die Akzeptanz und Anerkennung der kirchlichen Institution(en). Neudeutsch ist das eine Win-win-Situation.

Es ist eine große Chance zur Entwicklung von Kirchengemeinden, sich im Sozialraum zu engagieren und sich einzubringen. Wann und wo gelingt es, gemeinwesenorientierte Arbeit ins Quartier zu öffnen?

R.C. Kirchengemeinden können sich gut entwickeln, wenn sie Dreifaches im Blick behalten: Zum einen ihren Glauben an einen den Menschen und die Gerechtigkeit liebenden Gott. Zum anderen, dass sie das einsetzen, was sie gut können und gerne machen und was sie haben (sowohl praktische als auch heilige Räume). Zum dritten entwickeln sie sich gut, wenn sie ihr Lebensumfeld mit den Menschen, ihren Fragen und Problemstellungen im Blick haben. Wenn sie dies konzeptionell durchdenken, motiviert leben und dann noch fröhlich damit rechnen, als engagierte Menschen und als Kirchengemeinde verändert zu werden, dann kann die Entwicklung im Quartier und in der Kirchengemeinde eigentlich nur noch einen guten Lauf nehmen.

Wie lässt sich das zivilgesellschaftliche Engagement noch stärker für den Sozialraum bündeln? Wie schafft man das Verständnis dafür und welche Strukturen auf welchen Ebenen braucht es?

E.B.-B. Wie bereits angedeutet, finde ich Orte der Begegnung sinnvoll und notwendig. Dabei kann man nicht davon ausgehen, dass die Menschen von sich aus kommen – man muss sie auch abholen. Das braucht neben Räumlichkeiten und freiwillig Engagierten natürlich auch beständiges Personal. Kirche wird dabei immer wieder auch auf Vorbehalte stoßen wie „verstaubt“ oder „konservativ“ – als der berühmte „neutrale Dritte“ werden kirchliche oder verbandliche Akteure aktuell wohl eher selten wahrgenommen. Ein erster Schritt ist hier ein Zusammenschluss unterschiedlicher Akteursgruppen, zum einen ökumenisch, aber auch z.B. in Kooperation mit einer Schule, einer Bürgerstiftung etc. Natürlich erhöht das den Aufwand und die Abstimmungen, aber auch die Akzeptanz, Effektivität und Verstetigung.

Kirchliche Reformprozesse im Gemeinwesen Stadt

Was können die kirchlichen und die sozialverbandlichen Akteure konkret aus Ihrer Perspektive / Ihrem Arbeitszusammenhang zur Stärkung des Zusammenlebens im Quartier beitragen?



Dr. Claudia Kunz

Geschäftsführerin
Pastoralkommission,
Sekretariat
der Deutschen
Bischofskonferenz, Bonn

C.K. Kirche vor Ort ist mit ihren verschiedenen Gruppen und Akteuren traditionell stark dem Quartier und den Menschen, die im Stadtteil leben, verbunden. Denn die Gläubigen teilen die Lebenswelten der Menschen in der Nachbarschaft, sie wohnen dort, treffen sich im Bus oder auf der Straße, kennen sich als Kolleginnen oder Kollegen, teilen verschiedene Freizeitaktivitäten, besuchen und engagieren sich. Auch wenn Post und Sparkasse, Kiosk und Supermarkt längst weggezogen sind, ist die Kirche noch präsent: mit einem Kirchengebäude oder Gemeindehaus, einem Kindergarten, einer Sozialstation oder einem Altenheim, mit einem Jugendverband, einem Familien- oder Seniorenkreis, mit einer Tafel oder einer Flüchtlingshilfe. Die pastoraltheologische Leitlinie für diese aktive Präsenz der Kirche vor Ort hat das Zweite Vatikanische Konzil so formuliert: „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände.“

Der erste und grundlegende Beitrag der Kirche vor Ort liegt in ihrer Präsenz und Aufmerksamkeit für das, was die Menschen dort bewegt. Achtsamkeit und Sensibilität füreinander tragen nicht wenig zur Stärkung des Zusammenlebens im Quartier bei. Kirche kann und darf sich nicht in virtuelle Räume verabschieden, sie ist von ihrem Grundverständnis darauf angewiesen, lokal zu bleiben und den Menschen Raum zu geben, damit diese leben, sich vernetzen und weiter entwickeln können.



Carola Scholz

Stadtsoziologin,
Referatsleiterin
Grundsatzfragen der
Stadtentwicklung,
Ministerium für Heimat,
Kommunales, Bau und
Gleichstellung NRW,
Düsseldorf

C.S. Stadt- und Quartiersentwicklung finden heute vor dem Hintergrund zahlreicher unbewältigter Krisen und neuer Herausforderungen statt. Unzureichende kommunale Finanzkraft, Armutszuwanderung und Integrationsbedarfe zählen dazu. Zugleich hat die Bindungskraft vieler Institutionen nachgelassen. Stadt- und Quartiersentwicklung sind niemals allein durch (städte-)bauliche Maßnahmen voranzubringen, sondern benötigen die Unterstützung der Zivilgesellschaft,

der Bevölkerung, aber auch z.B. der lokalen Ökonomie. Wichtig ist es, die zivilgesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Stärken zu kennen und Kräfte zum Wohl eines Stadtteils zu bündeln. Diese Chance besteht vor allem dann, wenn eine Stadt gezielt Maßnahmen im Quartier ergreift und vielleicht ein integriertes Handlungskonzept entwickelt. Hier gilt es, sich als kirchliche Gemeinde und Sozialverband frühzeitig in die Diskussion einzubringen. Ganz generell braucht Stadtentwicklung nämlich den „Kampf“ um den Erhalt des Gemeinwesens Stadt. Institutionen wie die Kirchen und ihre Sozialverbände haben immer noch eine sehr starke Verankerung im Gemeinwesen und können eine laute Stimme haben, wenn es darum geht, für die sozial Schwächeren in den Städten, die Verlierer auf den Wohnungsmärkten oder auch für die Geflüchteten einzutreten.

Die derzeitigen pastoralen Reformprozesse bedeuten große Strukturveränderungen, die innerkirchlich zu bewältigen sind. Wie können die Potenziale, die ebenfalls darin liegen, als Gestaltungsspielraum für eine Neuverortung zusammen mit anderen gesehen werden?

C.K. Die Gläubigen vor Ort haben in allen deutschen Diözesen schmerzhaft und tiefgreifende Veränderungen zu bewältigen: nicht nur einen massiven Vertrauensverlust in ihre Kirchenleitungen, sondern aufgrund von Priester-, Gläubigen- und Geldmangel auch den Abzug von Pfarrern und anderen pastoralen Mitarbeiter/innen, das Sterben von Verbänden und Gruppen, die Aufgabe von Kirchengebäuden und anderen Einrichtungen in ihrer Gemeinde. Um diese Krisen zu bearbeiten haben die Bischöfe und die Deutsche Bischofskonferenz im Gespräch mit Experten und Engagierten pastorale Reformprozesse angestoßen. Bei aller Unterschiedlichkeit dieser Prozesse ist ihnen allen gemeinsam eine durchgängige Betonung des Subjektseins der Gläubigen vor Ort („Wir sind Kirche“) und ihrer spezifischen Charismen. Das ist der bibeltheologische Ausdruck für die Begabungen, Fähigkeiten und Talente, die Gottes Geist gerade auch in Zeiten der Krise jedem Menschen – und nicht nur den Profis in der Kirche – geschenkt hat. Charismenorientierung in der Pastoral meint ausdrücklich nicht, dass das, was bislang die Hauptberuflichen getan haben, nun von Ehrenamtlichen übernommen werden soll. Sie bedient nicht einfach die vorhandenen Strukturen; sie stellt die Kirche gleichsam vom Kopf wieder auf die Füße. Es gilt, mit einer neuen Aufmerksamkeit für die Menschen vor Ort deren Charismen zu entdecken und zu fördern und aufgrund dieser Charismen konkrete Aufgaben und

Projekte zu entwickeln. Ein Charisma erweist sich erst dann als eine von Gott geschenkte Gabe, wenn sie den Menschen vor Ort zugutekommt. Die Charismenorientierung weitet den Blick für die Vielfalt an Talenten und Fähigkeiten, die da, aber oft noch unentdeckt sind. Charismenorientierung gehört zu einer Kirche, die sich nicht mehr in ihre angestammten Räume zurückziehen kann, zu einer „Kirche, die Platz macht“ (Matthias Sellmann) für unterschiedliche Aktionen und Akteure, um die Anliegen der Menschen im Quartier, im Stadtteil weiterzubringen.

Lassen sich die Kirchen mit ihren identitätsstiftenden Liegenschaften für eine gemeinwohl- und sozialraumorientierte Bodenpolitik gewinnen? Welche Überzeugungsarbeit ist dabei notwendig?

C.S. Es wäre sehr zu wünschen und ich möchte dafür werben, dass kirchliche Liegenschaften stärker als bisher in gemeinwohlorientierte Stadtentwicklungsprojekte und Wohnprojekte eingebracht werden. Es gibt bundesweit gute Beispiele für eine sozialraumorientierte Bodenpolitik, auch von kirchlich-verbandlichen Akteuren. Abzulehnen ist aus meiner Sicht der konzeptlose Verkauf kirchlicher Liegenschaften in guten Lagen an meistbietende Investoren, womöglich noch an den kommunalen Bedarfen vorbei. Nordrhein-Westfalen ist dabei, im Rahmen seiner Landesinitiative StadtBauKultur eine „Kirchen-Plattform“ aufzubauen, die auf Information und Beratung bei leerfallenden kirchlichen Liegenschaften und Kirchengebäuden zielt. Oftmals geht es zunächst darum, Informationen auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen für Umbau und Neunutzung zu suchen, die für alle Akteure Sinn machen und insbesondere dem Quartier als Ganzen einen Mehrwert bringen.

Wohnungsunternehmen als Akteur im Quartier

Was können die kirchlichen und die sozialverbandlichen Akteure konkret aus Ihrer Perspektive / Ihrem Arbeitszusammenhang zur Stärkung des Zusammenlebens im Quartier beitragen?



Dennis Beyer
Geschäftsführender
Vorstand, EID
Evangelischer
Immobilienverband
Deutschland e.V., Berlin



Ulrich Müller
Geschäftsführender
Vorstand, KSD
Katholischer
Siedlungsdienst e.V.,
Berlin

D.B. In Städten und Gemeinden stehen kirchliche Immobilien buchstäblich im Zentrum des öffentlichen Lebens und umfassen weit mehr als nur die Sakralbauten. Und dort, wo Menschen zusammenkommen, entstehen Perspektiven. Kirche öffnet sich daher dem Quartier: Sie schafft bezahlbaren Wohnraum und bietet Lebenshilfen an oder ermöglicht in Kooperationen mit anderen Trägern gemeinnützige Projektarbeit. Die Bedeutung der beiden großen Kirchen in Deutschland wird nicht allein an der Verkündigung des Evangeliums gemessen werden, sondern an ihrer Relevanz für die Menschen im alltäglichen Leben.

U.M. Unsere Unternehmen achten auf soziale Mischung und ausgewogene Altersstruktur. Sie fördern den Kontakt zwischen Mietern, wichtig ist die Einbindung von Vertretern der Zivilgesellschaft. Wir legen Wert auf hohe architektonische und bauliche Qualität bei bezahlbaren Mieten – ein ansprechendes Umfeld trägt viel dazu bei, dass sich die Bewohner/innen als Gemeinschaft verstehen.

Wie gelingt eine sozial verantwortliche Wohnungsversorgung und was tun die kirchlichen Wohnungsunternehmen für bezahlbaren Wohnraum? Welche Kooperationsmodelle unter der Zielsetzung des sozialen Zusammenhalts gibt es bereits?

D.B. Unser Ziel ist es, den Menschen nicht als bloßes Wirtschaftssubjekt zu betrachten, sondern auch seine immateriellen Bedürfnisse und Wünsche einzubinden. Wir planen Immobilien daher mit den Menschen und für Generationen. Wichtig sind dafür Kooperationsmodelle mit bewährten und verlässlichen Partnern, gleich ob konfessionell, staatlich oder zivilgesellschaftlich organisiert. Auch neue Formen von Wohngemeinschaften, Grundrissen oder Querfinanzierungen unterstützen die Bezahlbarkeit des Wohnens insbesondere für schwache Zielgruppen.

U.M. Unsere Konzepte verfolgen den integrativen Ansatz eines gemischten Quartiers – es muss Wohnraum geben, den sich die Menschen leisten können. Hierzu braucht es die Kooperation mit der Politik. Kommunen sollten sicherstellen, dass Grundstücke nicht meistbietend vergeben werden, sondern an das beste Konzept. Traditionell sind die Siedlungswerke im Neubau geförderten, preiswerten Wohnbaus engagiert, auch ein Mix aus Miet- und Eigentumswohnungen ist sinnvoll. Für Personengruppen mit geringen Chancen im freien Markt bieten die kirchlichen Unternehmen spezielle Preismodelle, und um soziale Stabilität im Quartier zu sichern, pflegen wir enge Kooperationen.

In manchen Landeskirchen und Bistümern werden bereits kirchliche Gebäudemanagementsysteme aufgebaut. Wie schätzen Sie die Immobilienkompetenz bei den Kirchen gegenüber ihren Beständen ein?

D.B. Dort, wo evangelische Landeskirchen oder Kirchenkreise ein intensives Gebäudemanagement eingegangen sind, ist viel Erfahrung vorhanden. Andernorts steht das Gebäudemanagement als Prüfauftrag an. Hier gilt es für uns als Verband den Austausch zu fördern, aber auch Mut zu machen. Immobilienmanagement heißt stetiges Lernen und Wagen. Unsere kirchlichen Immobilienunternehmen stehen der Evangelischen Kirche in Deutschland und ihren Gliedkirchen dabei mit ihrem jahrzehntelangen Wissen als starke Partner zur Seite.

U.M. Hier hat sich viel getan, die Bistümer sind in der Regel gut aufgestellt. Doch muss man zwischen verschiedenen Akteuren und Vermögensträgern unterscheiden. Kleinere Einrichtungen, einige Stiftungen und Gemeinden stehen oft noch vor großen Herausforderungen, und man wird über die Umorganisation der Immobilienverwaltung nachdenken müssen. Die Siedlungswerke stehen den Gemeinden mit ihrem Sachverstand zur Seite, gerade nach der Strukturreform bieten sich Ansätze zur Zusammenarbeit.

Landes- und Diözesanverbände als strategische Akteure

Was können die kirchlichen und die sozialverbandlichen Akteure konkret aus Ihrer Perspektive / Ihrem Arbeitszusammenhang zur Stärkung des Zusammenlebens im Quartier beitragen?



Alexander Gromann-Bross

Referent
Gemeindecaritas,
Caritasverband für die
Erzdiözese Freiburg e.V.
Freiburg

A.G.-B. Kirche (hier verstanden als Einheit von verfasster Kirche und Wohlfahrtsverband) verfügt über personelle und infrastrukturelle Ressourcen, die sie unterstützend in sozial-räumliche Vernetzungsprozesse einbringen kann. Diözesen und Landeskirchen stehen mit ihren Wohlfahrtsverbänden in der Verantwortung, die Entwicklung von Kirche zur zivilgesellschaftlichen Akteurin mit voranzubringen, z.B. durch Bereitstellung von Arbeitshilfen oder die Einbindung von kirchlichen Projektstellen aus städtebaulichen Entwicklungsgebieten in bestehende fachliche Vernetzungsstrukturen des Caritasverbandes.

U.S. Wenn eine Kirchengemeinde für sich den Sozialraum entdeckt, orientieren sich die Angebote oft nicht an den Bedürfnissen der Menschen im Quartier, sondern an der Frage: Kommen die auch sonntags in den Gottesdienst? Dieser Ansatz führt zu Frustrationen auf beiden Seiten. Bei den einen, die immer noch dem paternalistischen Denken verhaftet sind und es doch „gut meinen“ und bei den anderen, die sich nicht ernstgenommen und wertgeschätzt fühlen und das vielleicht nicht bürgerlich-korrekt und verbal-ausdifferenziert artikuliert haben. Wichtig ist die Haltung dahinter, denn die Menschen spüren schnell, ob es sich um eine Haltung der Uneigennützigkeit handelt oder eben nicht.

Wenn es um geteilte Verantwortlichkeiten im Sozialraum, für das Gemeinwesen geht, ist neben der Bundesebene und der Praxis vor Ort immer auch die Landes-/Diözesanebene bei den Wohlfahrtsverbänden gefragt. Wie sind Sie auf dieser Ebene bzw. landespolitisch vernetzt?

A.G.-B. Auf landespolitischer Ebene kommen die Vernetzung der kirchlichen Wohlfahrtsverbände und die Einbeziehung verfasst-kirchlicher Akteure nur mühsam voran. Neben personellen Wechseln in den Verbänden sind mit Blick auf die politischen Kontakte Umbildungen von Landesregierungen



Uwe Seibel
Referent für
Gemeinwesenarbeit/
Allgemeine Sozialarbeit
(KASL-ALB)/
Teilhabeprojekte/
Armutslindernde
Dienste; Diakonie
Hessen e.V., Kassel

nach Wahlen und veränderte Zuständigkeiten und Ansprechpartner bedeutsam.

U.S. Gerade die aktuellen Personal- und Organisationsentwicklungsprozesse in den ev. Landeskirchen bieten sich an, die Akzeptanz für Gemeinwesendiakonie weiter zu erhöhen. Die Kampagne „Wir sind Nachbarn. Alle“ der Diakonie Hessen hat die Vernetzung mit den Ev. Kirchen in Hessen und die Sozialraumorientierung als Ziele. Eine Handlungsorientierung „Unterwegs als Nachbarn. Ein Reisekoffer“ liefert Material und gibt praktisch umsetzbare Hilfen. Auch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen will Sozialraumorientierung bei Entgeltforderungen zum Kriterium machen.

Welchen längerfristigen Mehrwert sollte man über die Anschubwirkung befristeter Projektförderung hinaus schaffen? Welche Gelingensfaktoren braucht es für eine Unterstützung „befähigender Sozialräume“?

A.G.-B. Personelle Kontinuität und der Erhalt der erworbenen Netzwerkkompetenz sind Gelingensfaktoren, die durch befristete Finanzierungsmodelle in Frage gestellt werden. Hier könnte Kirche durch das Einbringen personeller Ressourcen für mehr Kontinuität sorgen. Die in der Regel betriebswirtschaftlich ausgerichteten Raumnutzungskonzepte der Kirchen beschneiden ggf. eine der sozialräumlichen Ressourcen der Kirchen. Die kirchlichen Wohlfahrtsverbände müssten hier ihren Einfluss geltend machen und sich bei den Verwaltungen der Landeskirchen/Diözesen für die Option einer Nutzung kirchlicher Räume für sozialräumliche Angebote (Quartierbüros, Treffpunkte etc.) einsetzen.

U.S. Die beliebte Forderung nach „Nachhaltigkeit“ halte ich mittlerweile für falsch. Entweder ein Projekt hat ein Ende oder es entwickelt sich weiter. Viele Verantwortliche leiden zu Recht unter „Ketten-Projektitis“: Ein Projekt ist noch nicht beendet, da muss bereits der Antrag für das nächste Projekt, das aber unbedingt neu sein muss, auf dem Weg sein. Ein wichtiger Gelingensfaktor ist der Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen. Wenn Kirche und Diakonie ihre Mittel im Quartier zum Wohl *aller* Menschen einsetzen, dann ist es nur gerecht, wenn Haushaltsüberschüsse der öffentlichen Hand auch in neue Programme fließen, an denen wir auch teilhaben können.

Was können die kirchlichen und die sozialverbandlichen Akteure konkret aus Ihrer Perspektive / Ihrem Arbeitszusammenhang zur Stärkung des Zusammenlebens im Quartier beitragen?



Michael Isselmann
Amtsleiter im
Stadtplanungsamt der
Bundesstadt Bonn
und Vorsitzender
Fachausschuss
Stadtplanung und
Städtebau im Deutschen
Städtetag

M.I. & R.R. Einrichtungen der integrierten Quartiersentwicklung können viel dazu beitragen, dass soziale Dienstleistungen in den Sozialraum hineinwirken. Diese Arbeiten müssen in Kooperationsvereinbarungen zwischen sozialen Dienstleistern und den anderen Akteuren der Quartiersentwicklung konkretisiert werden.

Diese Konkretisierung kann in der Leistungsvereinbarung zwischen dem sozialen Dienstleister und dem Sozialleistungsträger abgebildet werden. In der Folge würde der soziale Dienstleister eine Leistung schulden, die er nicht mehr allein, sondern nur noch in Kooperation mit z.B. einem Stadtteilzentrum oder einem Quartiersmanagement erbringen kann. Ein Schlüssel für eine verbindliche Verschränkung sozialer Dienstleistungen mit den Akteuren der Quartiersentwicklung ist die Beschreibung der sozialen Dienstleistung und ihrer Qualität in der Leistungsvereinbarung zwischen sozialem Dienstleister und Sozialleistungsträger. Diese Leistungsvereinbarung wird ausgehandelt.

Zunehmender Bedarf an integriertem kommunalem Handeln besteht zwischen vielen Bereichen: Stadtentwicklung, Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Alter, Inklusion, Zuwanderung, Gesundheitsförderung, Mobilität, Besondere Lebenslagen, Kultur. Welche Rahmenbedingungen (organisatorisch, förderpolitisch) begünstigen eine integrierte Herangehensweise, die das Soziale und den Raumbezug besser miteinander verschränkt?



Roland Rosenow
Referent für
Sozialrecht, Deutscher
Caritasverband e.V.,
Freiburg

M.I. 2012 fasste der Hauptausschuss der Bundesstadt Bonn den Beschluss, ein systematisches Quartiersmanagement einzurichten (Dr.-Nr.: 1212599NV4). Darin wird die Verwaltung aufgefordert, in (zunächst) bis zu 8 der 62 statistischen Bezirke Bonns ein Quartiersmanagement einzurichten. In der Begründung zu diesem Beschluss wird ausgeführt, dass die bisher üblichen Ansätze von Gemeinwesen- und/oder Sozialarbeit auf der einen Seite und baulich-räumliche Konzepte für städtische Quartiere andererseits als kommunale Interventions- und Steuerungsstrategien nicht ausreichen und die

dortigen komplexen Zusammenhänge nicht abbilden. Unbefriedigend aufeinander abgestimmte Strategien einzelner Ämter und/oder Dezernate von Stadtverwaltungen sind zunehmend nicht mehr geeignet, Antworten auf vielschichtige Fragen in abgegrenzten Sozialräumen dauerhaft günstig zu beeinflussen. Der Ansatz eines Quartiersmanagements hingegen setzt auf dezentrale Verantwortung und Beteiligungsformen von Bürgerinnen und Bürgern. Lokal zu entwickelnde und gebietsbezogene Strategien zur Lösung von Problemlagen stehen im Vordergrund.

R.R. Die Tatsache, dass zum Beispiel die Stadtplanungsämter und Sozialdezernate erstaunlich wenig voneinander wissen, ist für die integrierte Quartiersentwicklung und den Gedanken der sozialen Stadt sicher sehr hinderlich. Andererseits sind diese Strukturen nicht einfach zu ändern. Es wäre schon viel gewonnen, wenn beide Systeme mehr voneinander wüssten. Die Entwicklung der Verschränkung der Finanzierungsstrukturen beider Welten steht – wenn sie überhaupt begonnen hat – noch ganz am Anfang. Wichtig ist, dass diese Entwicklung nicht intern in Kommunen stattfindet, sondern zusammen mit den jeweiligen Akteuren, die in den Quartieren aktiv sind. Dazu gehören die Erbringer sozialer Dienstleistungen (Sozialstationen, Pflegedienste, Anbieter der Kinder- und Jugendhilfe, die Behindertenhilfe, die Gemeindepsychiatrie, die Wohnungslosenhilfe und viele andere). Mehr als in anderen Systemen ist die Kooperation in der Kinder- und Jugendhilfe schon lange gesetzlich verankert und in der Praxis weit verbreitet. Die in § 78 SGB VIII verankerten örtlichen Arbeitsgemeinschaften können als Modell für Arbeitsgemeinschaften der Quartiersentwicklung fungieren, in denen alle Akteure – sowohl innerhalb der Kommunen als auch außerhalb – zusammenkommen.

Sollte man eine kommunale Pflichtaufgabe „Soziale und kooperative Quartiersentwicklung“ skizzieren?

M.I. Quartiersentwicklungsprozesse sollen Quartiere zu Stadtteilen mit positiver Zukunftsperspektive machen. Gute Erfahrungen im Rahmen integrierter Konzepte in der Vergangenheit unterstreichen dies. Die Aufgabe der Stadt ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen die Netzwerke der Akteure des Stadtteils und die Bürgerinnen und Bürger miteinander sich „selbsttragende Bewohner/innen-Organisationen“ schaffen.

Gemeinsam mit beteiligten Fachämtern, insbesondere dem Stadtplanungsamt, dem Sozial-, Jugend- und Schulamt findet ein noch zu intensivierender Austausch über die sozialräumliche Ausrichtung städtischer Maßnahmen statt. So wurden zielgruppenspezifisch, bereichs-, und trägerorientiert im Stadtgebiet verschiedene Ausrichtungen von Quartiersmanagement beispielhaft durchgeführt, um Erkenntnisse zu gewinnen, die nun in eine planmäßige Ausrichtung von Quartiersmanagement in der gesamten Stadt einfließen können.

R.R. Die gesetzliche Normierung von Pflichtaufgaben alleine ist ein stumpfes Schwert. Die soziale und kooperative Entwicklung von Quartieren muss von den Kommunen organisiert und verantwortet werden. Damit das geschieht, reichen gesetzliche Vorschriften nicht aus. Es ist auch viel Überzeugungsarbeit notwendig. Außerdem müssen die Kommunen finanziell so ausgestattet sein, dass sie die Aufgabe auch bewältigen können. Gesetzliche Vorgaben wären jedoch wichtig, um schädliche Wirkungen der Anwendung von Vergaberecht zu vermeiden. Institutionen der Quartiersentwicklung sind ebenso wie soziale Dienstleister darauf angewiesen, dass sie langfristig verlässlich finanziert werden. Eine gute Quartiersentwicklung lässt sich mit dem Bild eines wachsenden Netzes beschreiben. Die Anwendung von Vergaberecht würde bewirken, dass dieses Netz immer wieder zerschnitten und bei neuer Vergabe neu geknüpft werden müsste.

Neue Denkrichtungen

Neue Partnerschaften

Neue Räume

Zusammenleben im Quartier: Handlungsempfehlungen

Neue Denkrichtungen

Die Kirchen mit ihren Gemeinden und die Verbände mit ihren Diensten und Einrichtungen von morgen sollten eine aktive zivilgesellschaftliche Rolle im Sozialraum/ Gemeinwesen einnehmen, um relevant zu bleiben. Kirchengemeinden mit ihren Pfarrer/innen und Gemeindereferent/innen können aus ihren besonderen Kompetenzen heraus selbstbewusst eine vielfältige Rolle im Quartier einnehmen, wenn sie sich ihrer Möglichkeiten bewusst sind.

Über eine Zielgruppen- und Defizitorientierung hinaus kann nur im Quartier die Öffnung in den Sozialraum für Teilhabe und lebenswerte Städte ressourcenorientiert praktiziert werden. Kirche ist ein Schlüsselakteur im Quartier und sollte Kirchenreform- und Pastoralentwicklungsprozesse auch als Chance für einen neuen Aufbruch begreifen.

Benachteiligte Quartiere brauchen besondere Möglichkeiten, Unterstützung und Infrastruktur. Kirchen und ihre Verbände mit ihrer Zielrichtung, die Menschen zu stärken, sind in diesen Quartieren besonders gefordert. Ein Umdenken ist deutlich erkennbar. Die Quartiersdimension muss noch stärker als entscheidende Arbeitsebene für das gemeinsame Handeln sichtbar werden.

Neben guter lokaler Praxis gilt es weitreichende Forderungen an neue Kooperations- und Leitungsstrukturen zu entwickeln. Viele Kompetenzen, viele Akteure sind notwendig, um lebenswerte Quartiere für alle Menschen, die dort leben, zu schaffen.





Wichtige Aufgaben von Kirchengemeinden und Verbänden in der integrierten Quartiersgestaltung sind:

- Ideenentwickler, Impulsgeber, Pionier
- Bereitstellung von Daten und lokalem Wissen um das Gemeinwesen / die Gemeinde, Frühwarnsystem für soziale Umbrüche
- Initiator von oder Beteiligung an Netzwerkprozessen, Öffner in den Sozialraum, verlässlicher und kontinuierlicher Kooperationspartner
- Einbringen von Ressourcen (Know-How, Räume, Liegenschaften, hauptamtliches Personal und in und um die Gemeinde engagierte Menschen)
- politisches Lobbying (anwaltschaftliche Funktion)
- Stimme mit Gehör in Öffentlichkeit, Medien und Institutionen.

Die positive Wirkung von integriertem Handeln im Quartier mit Hilfe von Beratungs- und Multiplikationsangeboten, aber auch mit gegenseitigen Besuchen und Einladungen zwischen den Akteuren sichtbar zu machen, ist eine wichtige Aufgabe.

Eine Beziehung auf Augenhöhe zwischen Kirche und Kommune ist eine „Nachbarschaftsbeziehung, die es sich lohnt, gut zu pflegen“. Ob die Kirche die Kommune findet oder die Kommune auf die Kirche zugeht, ist sekundär, wichtig sind die gemeinsame Verständigung und das Entwickeln einer gemeinsamen Agenda.

Neue Partnerschaften

Stadt ist nie „fertig“! Und irgendwie ist alles miteinander verbunden. An den Pionierstandorten gab es immer einen spezifischen Anlass, eine Fragestellung, eine „Störung“ der Routine als Ausgangspunkt, die deutlich machte, dass man allein nicht weiterkommt, aber dass ein gutes Zusammenleben im Quartier als Ziel im Mittelpunkt steht. Dabei gibt es keine Standardlösungen und jede Situation und Konstellation ist neu zu fassen.

Eine Verständigung zwischen Kommunen, sozialen Trägern und Verbänden, Kirchengemeinden, lokalen Unternehmen, Vereinen und Bewohner/innen über die Zukunft im Quartier ist umso wichtiger. Sie ist die Grundlage für das Handeln aller Beteiligten. In diesem Abwägungsprozess lassen sich partnerschaftlich Fragestellungen und strategische Zielrichtungen entwickeln, die den Zusammenhalt im Quartier verbessern können. Es gilt divergierende Interessen zu überwinden und zur geteilten Verantwortung zu gelangen.

Es braucht Vernetzung, es braucht Formate, Methoden, Moderation für den Austausch unter denen, die zwar unterschiedliche Fachsprachen sprechen, aber die „sich besser verstehen wollen“ und in diesen Formaten Gelegenheit haben, sich in ungewohnte Allianzen und Suchräume zu begeben. *Kirche findet Stadt* ist dazu als Mehr-Ebenen-Plattform und Übersetzungsinstanz ein wichtiger Türöffner zwischen verschiedenen Fachwelten.

Die (Arbeits-) Beziehungen zwischen den beteiligten Akteuren sind dynamisch und auf die Entwicklung von Verständnis und Vertrauen ausgerichtet. Auch das braucht Erfahrungswerte und will eingeübt werden. Es braucht Zeit und langen Atem. Heißt: Wenn es gut läuft, läuft es auch im Prozess gut. Wenn es stockt, bedarf es





eines zuvor gemeinsam entwickelten Krisenmanagements und vereinbarter Kooperationsregeln.

Kirche ist Träger öffentlicher Belange und kann sich auch in dieser Funktion aktiv in kommunale Bau- und Stadtplanungsprozesse einbringen.

Die kirchlichen Wohnungsunternehmen als gemeinwohlorientierte und sozialen Belangen aufgeschlossene Akteure gewinnen an Bedeutung. Soziale Komponenten, quartiersbezogenes, kooperatives Handeln – etwa wenn es um die Gestaltung demografischer Veränderungen geht, sind vorhanden. Einiges wird experimentiert, die Bedeutung kann noch weiter zunehmen. Das Bewusstsein für und Wissen über ihre Rolle muss weiter geschärft werden.

Kirchen und ihre Verbände sollten ihre Kontakte zu Wohnungsunternehmen, insbesondere denen mit Gemeinwohlorientierung (kirchlich, kommunal, genossenschaftlich etc.), ausbauen: Sie besitzen für eine inklusive Quartiersgestaltung eine hohe Relevanz. Kirchliche Wohnungsbaugesellschaften nehmen hierbei die Rolle als mitgestaltender Partner häufig wahr, indem sie enge Verbindungen mit sozialen Dienstleistern und Einrichtungen der Gesundheitsförderung und Prävention suchen und eingehen.

Die Kirchengemeinde kann auf Missstände aufmerksam machen. Die häufig ehrenamtlichen Strukturen brauchen dann aber auch das Tandem mit dem Sektor des Sozialen. Kräftebündelung in der Kooperation bedeutet das Erkennen von Gemeinsamkeiten und den Einsatz vielfältiger Kräfte auf ein gemeinsames Ziel.

Die Sensibilisierung für die Rolle der Kirchen und ihrer Verbände als sozialer Anker in den Quartieren kann noch verstärkt werden. Mehrwert und Nutzen des integrierten, sektorübergreifenden und kooperativen Handelns müssen weiter kommuniziert werden.

Neue Räume

Das Zusammenleben im Quartier braucht Orte der Begegnung. Die Bedarfe sind vielfältig. Erst Begegnungsmöglichkeiten schaffen Raum, um Prozesse initiieren und umsetzen zu können. Zwingend erforderlich sind Freiräume in den Köpfen und ein Haltungswchsel: „Wir suchen nach Lösungen, wie etwas geht, statt nach Gründen, warum es nicht geht!“

Vor dem Hintergrund einer staatlichen Gewährleistung der Daseinsvorsorge für alle ist es erforderlich, lange vernachlässigte Themen ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu bringen: Perspektiven für junge Familien, bezahlbarer Wohnraum und Arbeitsplätze, Mobilität für Menschen mit Beeinträchtigung etc. gelten teilweise bereits als Standortfaktoren – insbesondere auch für lebenswerte, attraktive ländliche Räume. Die Rahmenbedingungen für ein solches zukunftsfähiges Wohnen sind derzeit in einem gesellschaftlichen Aushandlungsprozess. Hier sind die Erfahrungen verschiedener Akteure aus Betreuungsformen und Wohnlösungen stärker zusammenzubringen. Kirchliche Wohnungsbauträger planen beispielsweise Neubauprojekte immer häufiger zusammen mit einem sozialen Partner, der diese Expertise und Vernetzung einbringt.

Soziale Infrastruktureinrichtungen können dabei verstärkt zu Zentren der Daseinsvorsorge im Quartier weiterentwickelt werden. Kirchen und ihre Gemeinden, Einrichtungen und soziale Dienste der Verbände, aber auch die gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft verfügen über Räume, die teilweise zielgruppenbezogen entstanden sind. Sie können oft niedrigschwellig und kreativ als Treffpunkte und Zentren für die Bewohnerschaft genutzt werden. Dazu sollte der Investitionspakt Soziale Integration im Quartier ausgeweitet werden und eine regelhafte Abstimmung über Öffnungspläne mit den Kommunen erfolgen.





Auch bei den kirchlichen Trägern der Alten- und Behindertenpflege, die ein großes Gewicht in der Trägerlandschaft haben, findet ein Umdenken statt. Die zunehmende Entwicklung hin zu einer inklusiven Gesellschaft führt zu stärkerer Dezentralisierung und Ambulantisierung der Betreuung und Versorgung. Damit verbunden werden nachbarschaftliches und sozialraumorientiertes Management immer wichtigere Aufgabenfelder mit starker Quartiersdimension. Diese Zusammenhänge sind noch deutlicher in die Stadtentwicklung einzubringen.

Neue Entwicklungspartnerschaften zwischen sozialem Träger oder Verband und Kommune generieren immer auch organisatorische, rechtliche, funktionale Fragen der Trägerschaft und der Verantwortung und Haftung, die gemeinsam und so transparent wie möglich angegangen werden sollten. Neue trägerübergreifende Modelle erfordern viel Überzeugungsarbeit und hohe Professionalität auf den Entscheidungsebenen. Bei baulichen Investitionen müssen auch Verbindlichkeiten für nachfolgende Betriebskosten eingegangen werden.

Quartiersentwicklung ist ein zentrales Handlungsfeld für Gemeinwohl und sozialen Zusammenhalt. Es gilt somit den Austausch zwischen Stadtentwicklung, Kirchen und dem sozialen Sektor zu den zentralen Aufgaben, die sich in den Städten und Gemeinden stellen, fortzuführen und zu vertiefen. Für die Koordination und vernetzte Herangehensweise bedarf es zusätzlicher Mittel externer Art. Eine partnerschaftliche Bündelung aller Kräfte ist angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen der Integration, der Teilhabe für alle Bevölkerungsgruppen und der Daseinsvorsorge unabdingbar. Die Arbeit für ein gutes Zusammenleben im Quartier kann nur ressort- und akteursübergreifend gelingen.

Pionierstandorte

Berlin-Treptow: **Familiengesundheit als integrierte kommunale Strategie – Alexianer Krankenhaus**
St. Hedwig Kliniken Berlin
www.alexianer.de

Berlin-Wedding: **Zukunftshaus Wedding**
Paul Gerhardt Stift Soziales GmbH
www.evangelisches-johannesstift.de/paul-gerhardt-stift-soziales

Bochum-Westend: **Q1 – Eins im Quartier. Haus für Kultur, Religion und Soziales**
Ev. Kirchengemeinde Bochum
www.q1-bochum.de

Burgdorf-Südstadt: **St. Paulus Burgdorf**
St. Paulus Kirchengemeinde Burgdorf
www.kirchenkreis-burgdorf.de/burgdorf-st-paulus.html

Delmenhorst-Wollepark: **Nachbarschaftszentrum Wollepark**
Diakonisches Werk des Ev.-Luth. Kirchenkreises Delmenhorst/Oldenburg-Land
www.wollepark.de

Dülmen: **Intergeneratives Zentrum IGZ Dülmen – Ein Haus für alle**
Kath. Kirchengemeinde St. Viktor mit der Stadt Dülmen
www.igz-duelmen.de

Gelsenkirchen-Scholven: **Sozialraumorientiertes Quartiersprojekt**
Caritasverband für die Stadt Gelsenkirchen e.V.
www.caritas-gelsenkirchen.de/vorort/quartiersprojekt-scholven

Goslar: **Goslarsche Höfe**
Goslarsche Höfe – Integrationsbetrieb gGmbH
www.goslarsche-hoefe.de

Kiel-Gaarden: **Sozialkirche Kiel-Gaarden**
stadt.mission. mensch gGmbH
www.stadtmission-mensch.de

Köln-Chorweiler: **Büro für Soziales und Gemeinwesenarbeit**
Kath. Kirchengemeinde Hl Johannes XXIII.
gemeinden.erzbistum-koeln.de/pfarrgemeinde_papst_johannes_XXIII

Mannheim-Schönau: **Quartierbüro Schönau**
Caritasverband Mannheim e.V.
www.caritas-mannheim.de

Neuruppin: **ESTAruppin e.V. – einsetzen statt aussetzen in Ostprignitz-Ruppin**
ESTAruppin e.V.
www.estaruppin.de

Nidda-Wallernhausen: **Dorttreff Neue Mitte Wallernhausen**
Diakonisches Werk Wetterau
www.diakonie-wetterau.de

Oberteuringen: **Inklusives Oberteuringen**
St. Gallus-Hilfe, Stiftung Liebenau
www.stiftung-liebenau.de

Osnabrück-Lüstringen: **Hilfen im Alter – Jedes Kind braucht einen Engel**
Petrusgemeinde und Maria-Hilfe der Christen
www.jkbee.de

Pfullingen: **PAULA – Lebensqualität und Unterstützung bei Pflege zuhause**
Samariterstift Pfullingen
www.samariterstiftung.de

Rastatt: **Zentrum für seelische Gesundheit – Wohneinrichtung Haus St. Hildegard**
Caritasverband für den Landkreis Rastatt e.V.
www.caritas-rastatt.de

Rhaunen: **Verbandsgemeinde Rhaunen**
kreuznacher diakonie
www.kreuznacherdiakonie.de

Bildnachweise

Titelbild Christiane Daldrup

- 5 oben: Deutscher Caritasverband; unten: Diakonie Deutschland, Thomas Meyer
- 7 BMUB/Milena Schlösser
- 9 BMUB/Sascha Hilgers
- 10 Vorhoff privat
- 11 Beneke privat
- 13 PaulGerhardtStift Soziales gGmbH
- 14 location³
- 15 location³
- 18 Karin de Kruyff
- 20 Nachbarschaftszentrum Wollepark
- 23 Nachbarschaftszentrum Wollepark
- 24 Marion Küppers
- 27 Christian Endres
- 29 Jörg Christian Lindemann, JKBEE
- 33 St. Paulus Burgdorf
- 34 Teamfoto Marquardt
- 37 location³
- 40 entra Regionalentwicklung
- 43 Franziska Lehmann
- 46 soan architekten boländer.hülsmann GbR
- 49 Sarah Zimmermann
- 51 Barbara Schüler
- 52 stadt.mission.mensch
- 54 ESTAruppin e.V.
- 57 Samariterstiftung
- 60 Roland Horn
- 63 St. Gallus-Hilfe
- 65 Samariterstiftung
- 72 Franziska Lehmann
- 77 oben: EKD; unten: Bojarra-Becker privat
- 79 oben: Kunz privat; unten: Scholz privat
- 81 oben: Beyer privat; unten: KSD
- 83 oben: Thomas Maier, DiCV Freiburg; unten: medio.tv Simmen
- 86 oben: Isselmann privat; unten: Rosenow privat
- 90 PaulGerhardtStift Soziales gGmbH
- 91 designed by freepik
- 92 Christian Endres
- 93 designed by freepik
- 94 Franziska Lehmann
- 95 designed by freepik
- 99 Ariane Sept

Impressum



Kirche findet Stadt.

Innovations- und Experimentierfelder für eine partnerschaftliche Entwicklung lebenswerter Quartiere.
Ein ökumenisches Kooperationsprojekt



Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik
Gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de

Projektträger:	Deutscher Caritasverband e.V., Freiburg
Projektpartner:	Diakonie Deutschland, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V., Berlin
Projektleitung und Herausgeberinnen:	Karin Vorhoff, Deutscher Caritasverband, Leiterin Referat Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen Doris Beneke, Diakonie Deutschland, Leiterin Zentrum Familie, Bildung und Engagement
Projektteam:	Rainer Hub, Diakonie Deutschland, Berlin Antje Markfort, Deutscher Caritasverband, Berlin (2015) Dr. Petra Potz, <i>Kirche findet Stadt</i> -Transferstelle Astrid Schaffert, Deutscher Caritasverband, Freiburg (2016/17)
Begleitung:	Dr. Lars Wiesemann, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR, Bonn
Redaktion:	Dr. Petra Potz, location ³ – Wissenstransfer, Berlin
Gestaltung:	Ariane Sept, Berlin
Druck:	Druckerei Conrad, Berlin



